

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung: Prag II., Havliczkova nám. 32. Telefon 6795, nachts 6797.

Telegramm-Adresse: notrat, Prag II., nám. 32. Nr. 57544.

Im... werden laut Tarif billiger berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachsch.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post

monatlich . . . K 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährlich . . . 96.—
ganzjährig . . . 192.—

Abstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einbindung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

3. Jahrgang.

Sonntag, 11. März 1923.

Nr. 58.

Gewerkschaftliche Einheitsfront.

Das Scheitern der kommunistischen Taktik.

In der hemmungslosen Demagogie, mit der die Kommunisten ihre Agitation betreiben, spielt eine große Rolle ihr Schlagwort von der Einheitsfront. Die selbstverständliche Tatsache, daß die Arbeiterschaft, wenn sie geschlossen den Klassenkampf führt, gegenüber der kapitalistisch-imperialistischen Einheitsfront bestehen kann, wollen die Kommunisten dazu ausnützen, um die Massen für ihre Politik zu gewinnen. Was sie unter dieser Einheitsfront verstehen, das geht aus der Rede Sinowjew's hervor, die dieser auf dem letzten Kongress der kommunistischen Internationale gehalten hat und wo er davon sprach, daß die Einheitsfront zur Enttarnung der Führer der Sozialdemokratie benötigt werden müsse, und aus den Verhandlungen des kommunistischen Parteitages in Prag im Februar, wo in einer Entschließung offen ausgesprochen wird, daß die Parole von der Einheitsfront dazu benützt werden müsse, um unter den nichtkommunistischen Arbeitern für die kommunistische Partei zu werben. Nicht um den Erfolg im einheitlich geschlossenen Kampfe der Arbeiterschaft handelt es sich den Kommunisten, sondern um eine möglichst breite Tribüne für ihre Agitation.

Nun glauben die Kommunisten auf einen tatsächlichen Erfolg ihrer Parole von der Einheitsfront hinweisen zu können. Die Unternehmer des Reichenberger Gebietes haben am 1. Feber 1923 den bestehenden Vertrag für die Textilindustrie gekündigt und forderten einen 30prozentigen Abbau der Feuerungszulage mit Wirksamkeit vom 1. März. Dank dem gemeinsamen Vorgehen aller in Betracht kommenden Organisationen ist es gelungen, den beabsichtigten Lohnabbau auf die Hälfte, nämlich 15 Prozent der Feuerungszulage, herabzudrücken. Wir wollen nun an der Hand des Verlaufes dieses sehr lehrreichen Kampfes unterziehen, wodurch diese Lohnbewegung immerhin mit einem halbem Erfolg der Arbeiterschaft geendigt hat und wie es den Unternehmern nicht gelang, ihr Diktat, ähnlich wie im Oktober 1922, durchzusetzen.

Bei der letzten Lohnbewegung im Herbst 1922 hatte die Union der Textilarbeiter den Kommunisten Gelegenheit geben wollen, einmal zu zeigen, was sie können und was sich mit den von ihnen gepredigten Methoden erreichen läßt. Die Folge der kommunistischen Gewerkschaftstaktik war die Niederlage der Arbeiter, die einen Abbau von 23 Prozent des Gesamtlohnes über sich ergehen lassen mußten. Diesmal war die Union der Textilarbeiter entschlossen, ohne Rücksicht auf andere Organisationen ihre eigene Lohnpolitik zu treiben und sich dem Diktat der Unternehmer mit allen Mitteln entgegenzustellen. Die Union unterbreitete daher den anderen Gewerkschaften, darunter auch der kommunistischen, den Vorschlag, zur Abwehr des Unternehmerrdiktates gegebenenfalls zum Streik zu schreiten. Die kommunistischen Kandidaten verwarfen jedoch den Streik und schlugen stattdessen die passive Resistenz vor, wobei ihnen auch die Bezeugung der Verleumdung durch die Arbeiterchaft, wovon sie ja fortwährend reden, vorzuwerfen. Die Union der Textilarbeiter wollte von der Betriebsbeziehung — befehrt durch die traurigen Erfahrungen in Italien — nichts wissen. Denn wenn diese Beziehung durchgeföhrt worden wäre, wären die Unternehmer instande gewesen, mit Polizeigewalt die Arbeiter aus den Betrieben entfernen zu lassen und diejenigen, welche die Betriebsbeziehung durchgeföhrt hätten, zu entlassen. Die Unternehmer hätten auch die Möglichkeit gehabt, gegen den Betriebsausschuß die Klage auf Entlassung vor der Schiedskommission anzustrengen und hätten auch erreicht, daß die Mitglieder des Betriebsausschusses auf gesetzlichem Wege entlassen worden wären. Nach dieser sicheren Niederlage der Arbeiterschaft hätten sie naturgemäß den Lohnabbau radikal durch-

Das Reparationsproblem in Berlin zur Erörterung.

Berlin, 10. März. (Eigenbericht.) Der Berliner Vertreter eines Pariser Journals behauptet, daß das Reichskabinett detaillierte Vorschläge ausarbeite, die im allgemeinen auf dem Programm aufbauen, das Bergmann seinerzeit nach Paris brachte. Es beinhalte: Barzahlungen, die durch äußere Anleihen zu decken sind, und Ordnung der Reichsfinanzen. Man halte Dr. Venes für den geeigneten Vermittler. In dieser Meldung ist richtig, daß die Regierung sich mit dem Reparationsproblem wieder intensiver beschäftigt. Unrichtig ist leider, daß das so notwendige genaue Programm ausgearbeitet wird, und ebenso unrichtig, daß man in Berlin auf Dr. Venes als Vermittler zählt.

Die deutschen Sozialdemokraten fordern ein Verhandlungsprogramm.

Berlin, 10. März. (Tsch. P.-B.) Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst berichtet aus Magdeburg: Bei einer Versammlung der Magdeburger Arbeiterschaft sprach heute Abgeordneter Wels über die politische Lage und erklärte, mit Parteilosen, die den Steuerbetrug begünstigen, dem deutschen Arbeiter alle Lasten aufbürden und ihn dadurch zum Paria der ganzen Weltgeschichte gemacht haben, sei eine Einheitsfront undenkbar. Die Sozialdemokratie rückt weiter ab von jenen Karren, sie da denken und das deutsche Volk glauben machen wollen, daß die Franzosen ohne Verhandlungen, vielleicht mit Waffengewalt über die Grenze gebracht werden könnten. Wie der Weltkrieg, so muß auch dieser Gewaltakt durch Verhandlungen beseitigt werden. Die deutsche Regierung muß klipp und klar ihre Verhandlungsbereitschaft erklären. Cuno's Rede im Reichstag ließ diese Klarheit vermissen. Das sei sehr bedauerlich, weil damit allen Vermutungen Tür und Tor geöffnet wird.

Ein Franzose für Verhandlungen.

Berlin, 10. März. (Eigenbericht.) Ein hiesiger Journalist hatte eine Unterredung mit dem Leiter des französischen Propagandadienstes, Boncet, der erklärte, er halte die Ruhrbesetzung für einen Fehler und habe immer davon gewarnt, diese letzte Karte auszuspielen. Die Situation sei die, daß die Franzosen erkennen, daß sie eine erfolgreiche Produktion nicht in Gang bringen können.

geführt. Der Union der Textilarbeiter war also klar, daß die Kommunisten von der Betriebsbeziehung sprechen, obwohl sie wußten, daß sie nicht durchführbar ist. Sie könnten mit ihren knappen Geldmitteln einen Streik nicht riskieren.

Und nun kommt der Kern der Sache: als die Kommunisten sahen, daß die Union unter keinen Umständen ihr Manöver mitmachen werde, verzichteten sie auf die Betriebsbesetzung und begaben sich unter die Führung der Union. Dadurch wurde es möglich, den Lohnabbau von 30 Prozent der Feuerungszulage auf 15 Prozent herabzudrücken (beziehungsweise von 15 Prozent des Gesamtlohnes auf 7,5 Prozent), und außerdem wurde zugestanden, daß für den Monat März der bestehende Lohn ohne jeden Abzug weiter gezahlt wird. Es wäre vielleicht möglich gewesen, einen noch bedeutameren Erfolg zu erzielen, aber die Union mußte auf die finanzielle Schwäche der anderen Organisationen Rücksicht nehmen, die nicht instande waren, einen Streik längere Zeit auszuhalten.

Und nun erinnere man sich, mit welchen Verleumdungen die Vertrauensleute der Union der Textilarbeiter bisher bedroht wurden. Wurden sie doch von den Kommunisten nicht anders als Verräter und Unternehmernegende genannt! Daß dies böswillige Verleumdungen waren, ist nun ganz klar, denn sonst hätten die Kommunisten in dieser Lohnbewegung die Führung nicht in die Hände der „Unternehmernegende“ gelegt. Wenn der „Vorwärts“ also jetzt die durchgeföhrt Aktion in den Himmel hebt, so gibt er zu, daß die Kampfstaktik der Union der Textilarbeiter richtig war.

Freilich versucht sich der „Vorwärts“ nun insofern herauszureden, als er schreibt, die erfolgreiche Lohnbewegung sei der Beweis dafür,

Der einzige Erfolg ihrer Mühen ist eine notwendige Aufrechterhaltung des Bahnbetriebes. Doch zeigt sich auch hier, daß die Franzosen mit dem Widerstand der Eisenbahner nicht gerechnet haben. Boncet erklärte, er sei für Verhandlungen und halte Stresemann (den Führer der Stinnespartei) für den geeigneten Mann in Deutschland; mit einer sozialistischen Regierung werde Frankreich kaum verhandeln. Die führenden Kreise der französischen Industrie hätten sich bisher zurückgehalten, Loucheur spiele keine entscheidende Rolle.

Ein Mord.

Bochum, 9. März. (Wolff.) Im Stadtteil Alfessen wurden friedliche Bürger, die zum Schutze ihrer Häuser auf der Straße patrouillierten, von vier französischen Soldaten mit aufgepflanztem Seitengewehr bedroht, sodaß sie die Wache der Feuerwehr alarmierten. Als diese eintraf, schoß einer der französischen Soldaten auf ihn zunächst stehenden Feuerwehrmann Boeckmann und tötete ihn durch einen Schuß in die Brust. Hierauf verschwanden sie, nachdem sie ihre Gewehre abgeschossen hatten.

Ausdehnung der Besetzungen.

Bochum, 10. März. (Tsch. P.) Die Verlegung der Grenzen des besetzten Ruhrgebietes um drei Kilometer östlich von Derne auf der Strecke Linen—Dortmund und die Besetzung der nördlich davon gelegenen drei Schächte der Zeche „Preußen“ ist sehr zu beachten, zumal auch Truppenbewegungen am Anfang der Strecke Linen—Derne, also in der Richtung Hamm gemeldet werden. In diesem Raume liegt eine große Anzahl von Kohlenzechen, deren Förderung noch dem unbelegten Deutschland zukommt.

Mainz, 10. März. (Wolff.) Die Bahnhöfe Reddinghausen-Süd, Castrup, Derne, Wirt-Zulfa, Wirt-Bankau sind heute früh von den Franzosen besetzt worden. Die Aktion der Franzosen gegen die Schutzhypothek geht weiter. Heute früh ist in Oberhausen, Voittrop, Gladbach und Horth-Emscher die Schutzpolizei entwaffnet worden. In Selskenkirchen haben die Franzosen heute früh unter Mitführung von 22 Lastautos die Zugangswege zur Zeche „Konsolidation“ besetzt.

wie glänzend gewerkschaftliche Bewegungen ausfallen, wenn die Einheitsfront hergestellt wird. Ja wohl, die Einheitsfront war hergestellt, aber unter Führung der Union der Textilarbeiter! Die Einheitsfront war dadurch möglich, daß die Kommunisten vor der gewerkschaftlichen und taktischen Ueberlegenheit der Union einfach kapituliert haben. Wenn die Kommunisten die Einheitsfront in Lohnbewegungen so verstehen, daß die Kämpfe mit den Methoden unserer Gewerkschaften geföhrt werden, die sich in jahrzehntelangen Kämpfen bewährt haben, dann werden die in den Gewerkschaften organisierten Arbeiter ohne Unterschied ihrer politischen Ueberzeugung nicht dagegen sein. Und die Führung muß in den Gewerkschaften bleiben, nicht aus irgend einer Eitelkeit, nicht aus irgend einer Rechthaberei, sondern einzig und allein darum, weil die kommunistische Gewerkschaftspolitik, insbesondere in den deutschen Gebieten der Tschechoslowakei, vollstündig Scheitern erlitten hat und sich die im deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Verbände als die festeste Stütze und der mächtigste Schutz der deutschen Arbeiterschaft vor der wirtschaftlichen Reaktion bewährt haben. Gerade solche Kämpfe, wie es die eben abgeschlossene Lohnbewegung, der Reichenberger Textilarbeiter war, werden die Massen der Arbeiterschaft über die Nichtigkeit der gewerkschaftlichen Methoden aufklären und sie werden ihnen den Unterschied zeigen zwischen gewerkschaftlicher Arbeit und kommunistischer Phrasen. Eine solche „Einheitsfront“, wie sie unter den Reichenberger Textilarbeitern aufgerichtet wurde, wird nicht dazu dienen, die sozialdemokratischen Führer zu „entlarven“ und für die kommunistische Partei auf keinen Fall den erhofften und gewünschten Nutzen bringen.

Ohne Schwurgerichte keine Pressefreiheit!

Von Friedrich Austerlitz (Wien).

Die Pressefreiheit wird durch das Gesetz zum Schutze der Republik nicht etwa bloß gefährdet, sie wird vernichtet! Denn dann kann — nicht mehr, wie es in dem alten Staatsgrundgesetz heißt, jederman seine Meinung durch Wort, Schrift, Druck oder bildliche Darstellung frei äußern; nur die Meinung wird man in der Tschechoslowakei frei äußern können, die den Herrschenden gefällt. Wenn das Schutzgesetz so beschloffen wird, wie es aus dem Ausschusse herausgekommen ist, dann ist es in der Tschechischen Republik um alle Freiheit geschehen und die politische Reaktion wird zu ihrem Grundgesetz erhoben.

Nichts ist so falsch, wie die von zünftigen Juristen so gern geübte Gleichstellung der politischen Delikte mit den strafbaren Handlungen, die sich etwa gegen das Leben oder gegen das Eigentum von Menschen richten. Das Körperverletzung, Diebstahl, Betrug, Mord ist, was also als Handlung zur Erscheinung kommt, Verlauf hat und sinnlich wahrnehmbare Wirkungen hervorruft, das kann ebenso in den Paragraphen genau und bestimmt erfasst werden, wie im konkreten Fall mit voller Tatsächlichkeit dargestellt werden kann, ob es geschehen ist. Deshalb ist für die gewöhnlichen strafbaren Handlungen das gute Gesetz, nämlich das, das die strafrechtlichen Begriffe klar und plastisch herausarbeitet, das richtigste. Wohl ist auch bei den gewöhnlichen strafbaren Handlungen die Art des Verdictes von Bedeutung; der bestehende Mensch wird eine Anklage wegen Diebstahl wichtiger nennen, als sie dem bestlofen erscheinen mag; der Bauer über die Brandlegung schroffer urteilen als der Städter; die Klasseninstinkte sind ohne Zweifel auch bei den Geschworenen zu beobachten. Aber sie sind sekundärer Art, und auch das Verdict von Berufsrichtern wird bei gewöhnlichen kriminellen Handlungen vor allem nach der Wahrheit suchen. Die Berechtigung der Schwurgerichte bei Kriminalverbrechen leitet sich viel weniger aus der Befürchtung ab, daß das Berufsrichtertum das Recht verfehlen könnte, als aus dem Bedürfnis, der Gerechtigkeit auch über die Paragrafen hinaus zum Durchbruch verhelfen zu können, und aus der Notwendigkeit auch, die Rechtsprechung vor der Verknöcherung und Versteinigung, der sie als bürokratisches Gewerbe so leicht anheim fallen könnte, zu bewahren.

Ganz anders steht es aber mit den politischen Delikten, denn die überwiegende Mehrheit der politischen Delikte wird durch Worte begangen und Worte rufen keine sinnlich wahrnehmbare Wirkungen hervor. Das schon bewirkt, es, daß den politischen Paragrafen festumrissene Bestimmtheit verliert: diese Paragrafen sind vorweg mit dem Fluche der Verschwommenheit, Vieldeutigkeit, Unklarheit behaftet. Das politische Delikt, soweit es durch Worte begangen wird, ist eben unwirksam, juristische Schemen, gedankliche Konstruktionen, weshalb es eigentlich ein vergebliches Bemühen ist — das Schutzgesetz hat auf das Bemühen freilich von vornherein verzichtet — für politische Delikte klare und präzise gesetzliche Bestimmungen herzustellen. Was heißt das denn: Aufreizen? Das Aufreizen müßte doch eine Wirkung sein; ob aber bestimmte Worte die Zuhörer oder Leser aufgereizt haben, könnte doch nur festgestellt werden, wenn sich dieses „Aufgereizt“ — worden sein“ in irgend einer sichtbaren Tat gezeigt hat: davon ist natürlich keine Rede. Was heißt das: Herabwürdigen? Den Menschen oder Institutionen selbst, die durch Worte „herabgewürdigt“ worden sein sollen, ist doch nichts weggenommen worden, kein Abbruch geschehen; das Herabwürdigen müßte also in der Wirkung auf die Zuhörer oder Leser liegen: daß sie von diesem Menschen oder Institutionen — nun weniger halten. Von einer solchen Erforschung ist natürlich keine Rede, vielmehr ist es so, daß einfach das Verdict „erkennt“, diese oder jene Worte seien eine Aufreizung, Aufwieglung, Herab-

würdigung; es ist seine Erkenntnis, die das Erkenntnis begründet. Obwohl es paradox klingt, ist es eine Wahrheit, die alle politische Justiz berührt: ob eine strafbare Handlung, durch Wort oder Schrift begangen worden ist, das ist schließlich Anstaltsfrage. Der Redner, der Journalist, ist der Meinung, daß er mit seinen Worten in den gesetzlichen Schranken geblieben sei, der Staatsanwalt behauptet, die Schranke sei überschritten worden. Aber wo die Schranke beginnt, sagt uns nicht das vieldeutige Gesetz, in das man alles hineinlegen, aus dem man alles herausheben kann, das sagt uns das Gericht. Bei den politischen Delikten ist die Art des Gerichtes die entscheidende Frage.

Deshalb ist ohne Schwurgericht politische Freiheit nicht möglich; das bekräftigt die Erfahrung in allen Ländern. Wäre es nicht so, warum haben sich die Regierungen auch in den Ländern, in denen die Kompetenz der Schwurgerichte anerkannt war, die Möglichkeit geschaffen, sich andere Richter zu verschaffen. So etwa in Österreich durch die Zulässigkeit der Suspension der Geschworenengerichte, durch die Zulässigkeit der Delegation der Gerichte. Warum beginnt jede Reaktion mit der Aufhebung der Garantien der Rechtsprechung? Warum hat man sich im Kriege mit der Suspension der Geschworenengerichte nicht begnügt, sondern für alle politischen Delikte die Zivilpersonen den Militärgerichten unterworfen? Das deutsche Reichsstrafgesetz ist in allen politischen Delikten (soweit es eben erreichbar ist) ein klares und rückhaltendes Gesetz; dennoch war die politische Justiz im Wilhelminischen Deutschland von einer ungewöhnlichen Grausamkeit. Warum? Weil über politische Delikte das Berufsrichtertum zu Gerichte sah! (Und war ein Berufsrichtertum, das man in der Tschechoslowakei zwar mit Worten leidenschaftlich verdammt, in Wahrheit aber als Ideal ansieht: dem herrschenden Staatsbegriff janahlich ergeben und jedem, der sich gegen diesen herrschenden Staatsbegriff auflehnt, mit unbeugsamem Haß entgegenzutreten.) Und wie beredt sprechen erst die Erfahrungen in Österreich! Die Wälder des Entwurfs können sich und ihr Werk nicht genug rühmen, daß es besser und milder sei, als das österreichische Gesetz. Wahrlich ein netter Stolz, daß man in einer Republik, die einer Revolution ihr Dasein verdankt, die ihre Feinde Hochverrat schelten, die politische Unterdrückung nicht soweit reißt, wie man sie in der schwarz-gelben Monarchie vor siebzig Jahren, also in der Zeit des finsternen Absolutismus, als notwendig und zulässig erachtet hat! Daß der Ruhm unbedenklich ist, daß das republikanische Schutzgesetz mit seinen Forderungen für jedes freie Wort weit schärfer und bösser ist, als das österreichische Gesetz vom Jahre 1852, ist dabei nebensächlich; dieser Stolz in dem sich ein Jurist, den wir zu kennen glauben, so selbstgefällig sonnt, ist doch nur bezeichnend, auf welche Tiefe der Aufassung man gelangt ist, wenn man bei der Aufassung des absolutistischen, monarchistischen Österreich landet. Aber alle die österreichischen Paragrafen, so fürchtbar sie klingen, waren ja ganz ungeschädlich, solange es das Geschworenengericht war,

das über die politischen Handlungen zu urteilen hatte! Will man bestreiten, daß es in der Monarchie das gab, was die Juristen Hochverrat nennen? Aber trotzdem der Hochverratsparagraf so dehnbar war, daß man da geradezu wie in einen Schlauch alles hineinpressen konnte, gehörten in Österreich Hochverratsprozesse — bis zum Kriege natürlich — zu den größten Seltenheiten, und wenn sie wirklich einmal unternommen wurden, so endeten sie geradezu regelmäßig mit einem Freispruch. Der Paragraf über das Verbrechen der Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung (§ 65 a und b) ist ohne Zweifel das Muster eines Knautschparagrafen, und wenn man sich nur ihn vor Augen hält, so hätte man, wie die politischen Verhältnisse lagen, in dem alten Österreich darnach eigentlich unausgesetzt anklagen müssen; dennoch hat es in dem gesamten Österreich wahrheitsgemäß durch Jahre hindurch keine einzige solche Anklage gegeben, in dem letzten Jahrzehnt gewiß nicht so viele, als es nach dem Dezemberstreik in der Tschechoslowakei gegeben hat. (Wer übrigens wissen will, wie wenig bei politischen Delikten das Gesetz, wie alles das Gericht bedeutet, beantwortet sich nur die Frage, warum zur „Aburteilung“ der im Gefolge des Dezemberstreiks Angeklagten die Geschworenengerichte suspendiert wurden.) Will jemand bestreiten, daß in dem alten Österreich „durch Schmähungen, Verpöhlungen, unwahre Angaben, oder Entstellung von Tatsachen“ zum „Hass und Verachtung“ wider Behörden (§ 300 St. G.) aufgereizt wurde? Und dennoch war eine Anklage wegen dieser Aufreizung eine wahre Karikatur: eine Verurteilung schlechthin ausgeschlossen. Warum? Weil über die politischen Delikte die Geschworenengerichte zu urteilen hatten! Denn die Geschworenengerichte haben die Paragrafen, sie fragen sich einfach, ob das Gesagte oder Geschriebene eben noch im Bereiche der Kritik geblieben ist; ihr Urteil hängt dann von dem Grade ihres Freiheitsgefühles ab. Doch das Berufsrichtertum sieht eben nur die Paragrafen, das kennt nur das Interpretieren und Subsumieren, und dann ist es um die politische Freiheit geschehen. Wer es leugnet, daß mit der Vereinfachung der Geschworenengerichte die wahre Schutzwehr der politischen Freiheit falle, und daß sich die in den Paragrafen niedergelegte Reaktion voll auswirken kann, der hat den Anspruch verloren, als ein rechtschaffener Diener am Werke des Rechtes angesehen zu werden.

Was aber für alle politischen Delikte gilt, gilt in noch erhöhterem Maße für Preßdelikte. Man darf nur die eigentümliche Natur der Preßdelikte nicht übersehen. Wenn jemand stiehlt oder mordet oder sonst eine dem natürlichen Rechtsgefühl widersprechende Handlung verübt, so tut er es nicht deshalb, weil er vermeint, das Stehlen oder Morden sei eine erlaubte Sache, sondern er begeht das Verbrechen trotz des Bewußtseins, damit ein Verbrechen zu verüben — aus der Hoffnung heraus, nicht erwischt zu werden, aus Leidenschaft, die die besonnene Erwägung ersticht, aus Rot, die stärker ist als die Abneigung vor den das Rechtsgefühl verletzenden Handlungen; aus dem mannigfaltigsten Gründen also, aber niemals

aus der Unkenntnis von der Strafbarkeit der Tat. Bei Preßdelikten ist es gerade umgekehrt. Da kann niemand hoffen, daß die strafbare Handlung unentdeckt bleibe, sie drängt ja zur Öffentlichkeit hin, sie ist ja nur deshalb strafbar, weil sie den Bereich des Gedankens verlassen hat; ihre Spuren können auch nicht verwischt werden, denn sie bleiben, und auch von ihrem Tun kann nichts weggewischt oder verdunkelt werden, es steht vollendet da. Die strafbaren Handlungen zeigt die Zeitungen geradezu an: durch das Pflichteremplar, und wenn auch die Entdeckung der eigentlichen Täter damit für den Staatsanwalt noch nicht verwirklicht ist, die Tat selbst kann nicht verborgen werden, nicht verborgen bleiben. Dieser einzigartige Charakter der Preßdelikte beeinflusst natürlich auch den Journalisten: er ist ohne Zweifel der einzige „Verbrecher“, den das Strafgesetz lenkt, denn aus seinem sittlichen Empfinden kann man sich die Richtschnur dafür, was eine „Aufreizung“ ist, natürlich nicht holen. Was bedeutet es also, wenn man in der Zeitung eine strafbare Handlung „erkennt“? Besagt das, der Journalist hatte den Voratz, die strafbare Handlung zu begehen? Mit nichten! Sondern der Journalist hatte die Meinung, die Uebersetzung, was er sagte, könne man noch sagen, was er schreibe, sei keine strafbare Handlung, sei erlaubte Kritik. Darüber aber, ob etwas eine erlaubte Kritik sei oder nicht, können nur die Staatsbürger selbst ur-

teilen. Die Presse dem Berufsrichtertum auszuliefern, heißt die Preßfreiheit töten.

Und wie grundtätig ist die Verfolgungssucht, die sich in dieser Fülle von politischen Delikten und in der Abfassung der Schwurgerichte kundgibt! Das gesprochene Wort verhallt, das geschriebene verdrängt der Tag; bevor es zur Verhandlung kommt, haben alle Menschen vergessen, was in der Versammlung gesprochen, in der Zeitung geschrieben worden ist. Nur ein er hatte es sich gemerkt: der Staatsanwalt, nur er ist aufgereizt worden! Welche trübe Vorstellung von politischer Moral auch, wenn man Leute, die nichts getan haben, als ein Wort gesprochen oder geschrieben, wenn man will, ein unbedachtes, ungeschicktes, unkluges Wort, obwohl aus dem Wort gar nichts entstanden ist, in den Kerker schickt! Und welche jämmerliche Positivität, die Wahrheit, die sich doch allein aus dem Widerstreit der Meinungen herausbildet, von Staatsanwälten und Richtern bestimmen zu lassen! Allzeit war die Preßfreiheit der Stadtmesser der politischen Kultur, die Preßnebelung ein Symptom der politischen Barbarei. Nicht weil wir der Tschechoslowakischen Republik gleichgültig oder mißgünstig gegenüberstehen, sondern weil wir sie schämen und würdigen, warnen wir vor diesem Gesetz. Denn ein Gesetz, das die Freiheit der Meinungsäußerung mit dem Kerker bedroht, ist ein barbarisches Gesetz.

Inland.

Das Konfiskationsunwesen und der Herr Justizminister.

Ueber eine von dem Wg. Stöber eingebrachte Interpellation wegen der Konfiskationspraxis haben der Justiz- und der Innenminister vor einigen Tagen im Abgeordnetenhause die Antwort erteilt. Darnach besteht, wenn man den Herren Ministern glauben will, keinerlei Grund zur Unzufriedenheit mit der Zensur, denn diese sei von großer Milde, auch sei der Herr Justizminister darauf bedacht, Ordnung und System in die Konfiskationspraxis einzuführen. Die Interpellationsbeantwortung gibt zu, daß die Zahl der Konfiskationen eine große ist und daß sie sich wesentlich gesteigert habe; aber er sucht sich und den Interpellanten damit Trost zu spenden, daß er versichert, die Zahl der Beschlagnahmen sei doch nicht so groß, wie in der Interpellation angeführt wurde. Das will uns als magerer Trost erscheinen!

Zur „Begründung“ der erhöhten Tätigkeit der Preßzensoren führt der Justizminister die „schärfere Schreibweise der oppositionellen Presse“ an: es habe sich „insofern die politische Verhältnisse und des Wandels in der Oppositionstaktik“ die Schreibweise wesentlich geändert. Und er erzählt, niemals seit dem Umsturz hätten die Blätter einiger Parteien so scharf wie im verflochtenen Jahre geschrieben, „mochte es sich nun um Angriffe gegen den Staat, die Staatsverwaltung, die Wehrmacht oder um Angriffe gegen einzelne Nationen handeln.“ Die Behauptung des Justizministers, die Schreibweise der Zeitungen sei „schärfer“ geworden, ist vollständig falsch: Was sich geändert hat, ist das Maß der Toleranz, — das — besonders seit der Wirksamkeit des gegenwärtigen, der herrlichen Partei an-

gehörigen Justizministers sich den Bedürfnissen der herrschenden Reaktion immer mehr anpaßt. Die Bemühungen des Herrn Justizministers, die Presse selbst dafür verantwortlich zu machen, daß die Zensoren die Freiheit der Meinungsäußerung wie nie zuvor drockeln, können die sichtbare Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß die Presse vor der Willkür der Zensur nachgerade vogelfrei geworden ist. Die Interpellationsbeantwortung gibt für die Zeit vom 1. Jänner bis 1. Dezember des Vorjahres die Zahl der Konfiskationen mit 1498 an. Von „mehr Zurückhaltung“ der Konfiskationsorgane — wie der Justizminister meint — kann da wahrhaftig nicht gesprochen werden!

Die Interpellationsbeantwortung behauptet auch, die Gerichte seien angewiesen worden, „jede Konfiskation ordentlich zu begründen“. Gerade heute wird uns ein Erkenntnis des Prager Landesgerichtes über die letzte, an unserem Blatte verübte Konfiskation zugestellt, in dem die „ordentliche Begründung“ wie folgt lautet:

Gründe: In den obangeführten Stellen wird durch unwahre Angaben die Tätigkeit der staatlichen Organe in solcher Weise dargestellt, daß dadurch zum Haß und zur Verachtung gegen die Staatsgewalt aufzureizen gesucht wird. (§ 65 des St. G.)

Fertig! Es wird in dem Erkenntnis einfach ein Paragraph seinem Wortlaut nach zitiert und das nennt der Herr Justizminister dann eine „ordentliche Begründung“. Wenn also der Justizminister erklärt, daß er „dafür Sorge trage“, daß der gerichtliche Befund „nicht zu einer Formalität herabsinke“, so steht diesem Versprechen bisher noch keine Tatsache entgegen. Die gerichtlichen Befunde über von den Staatsanwälten vorgenommene Konfiskationen sind in der Tat längst zu einer Formalität herabgesunken.

Der Herr Justizminister machte in der Interpellationsbeantwortung auch Erwähnung des Entwurfs zum Preßgesetz, der, wie aus

Die Rage in der Butter.

Von Charles-Louis Philippe.

Nicht nur, daß Bohand, der Metzger groß war, er war auch dick. Er füllte seinen Nag aus in der Stadt. Man hätte ihn von weitem an seinem Umfang erkannt, aber seiner Farbe halber auch. Er war rot. Sein Haar war rot, wie das anderer rothaariger Leute, seine Waden aber ließen sich nur mit dem Feuer vergleichen. Wenn er an einer Scheune vorbeikam, rief man ihm zu:

„Komm nicht zu nahe. Hier ist Stroh.“ Das Leben mußte für ihn wie er selber sein, mordsmäßig, rot und lustig, um sich damit abfinden zu können. Das weiße Fleisch der Kälber mochte er nicht. Er aß Rindfleisch in Mengen. Er hätte gern etwas gegessen, was mehr Fleisch war als das Fleisch selber, um auch dieses roh zu essen. Leichten Wein mochte er nicht, er trank schweren Wein, den er in großen vollen Gläsern wie Blut in sich hineingoss. War er mit dem Wein zu Ende, so fing er mit dem Schnaps an, um sich innerlich zu wärmen; der Schnaps allein war seiner Temperatur gemäß. Die Schuld trug unlegbar als erste die Frau des Regrain. Bohand hatte sich zu Regrain begeben, um ein Kalb zu holen, das er einmal, als er auf Reisen war, gekauft hatte. Als er hinkam, befand sich die Frau des Regrain allein zu Hause und war gerade mit ihrem Butterfah beschäftigt. Sie sagte:

„Regrain arbeitet auf seinem Felde. Warten Sie auf mich, ich will ihn holen.“

Sie ging, Bohand ganz allein im Zimmer zurücklassend. Sie beging hiermit einen Fehler. Bohand war nicht gern allein. Hätte sie ihm wenigstens zu trinken gegeben, so hätte er zum Zeitvertreib getrunken. Wäre ein Kind zugegen gewesen, so hätte er es hoch oben auf den Schrank gestellt. Er konnte sich doch wirklich nicht hinsetzen und die Beine übereinander kreuzen. Was nun? Es war nur ein Kalb im Zimmer mit

ihrem Käpchen. Da Bohand sie ansah, ohne viel darauf zu achten, bemerkte er das Butterfah. Und da kam ihm ein Einfall.

Er packte das Käpchen, hob den Dedel des Butterfahes und quetschte das Tier hinein. Erst jetzt konnte er sich in Geduld fassen und auf Regrains Frau warten.

Sie kam mit ihrem Mann zurück. Bohand kummerte sich um den Handel. Man band das Kalb los, lud es auf den Wagen, nahm den Preis desselben entgegen. Die Frau des Regrain, wie das Brauch ist, äußerte:

„Es tut einem doch leid, es dem Metzger zu geben.“

Der Mann erwiderte:

„Die Tiere sind halt da, um gegessen zu werden.“

Die Frau nahm ihre Arbeit wieder auf, denn so ist das Leben. Sie schlug ihre Butter und schlug sie gut. Ihre Butter galt für die beste in der Gegend. Sie vergaß des Kalbes. Es war doch ärgerlich, daß man sie gestört hatte. Man sollte nie gehört werden beim Buttern. Die übrige fing schon an, sich zu setzen. Es wunderte sie sogar:

„Gewitter war heute. Dabei ist es, als ob mein Rahm geronnen wäre.“

Sie drückte sie fest sie konnte, um ihn zu verdünnen: in der Tat, ihre Butter war hart wie Käse. Sie geriet in Zorn, gedrückte sie, und sprach sie an, wie jemandem, der sich einem widersetzt.

„Ich werde dich lehren, du Scheusal, du!“

So zwar, daß Regrain nicht umhin konnte, ihr zu sagen:

„Statt so zu wettern, schau doch lieber, ob nicht etwas im Fasse steckt.“

Richtig. Sie hob den Dedel; sie bliete aufmerksam in das Rahm. Was sie sah, war zu eigentümlich, als daß sie nicht nachgedacht hätte, bevor sie sprach. Sie forderte sogar ihren Mann auf, hinzutreten.

„Zieh her, ist da nicht etwas ganz Schwarzes drin?“

Man sagt nicht gern die Butter mit den Händen an, weil das nicht sauber ist für die Leute, welche sie kaufen. Regrain sagte:

„Es wird doch kein Schmutz in deinen Rahm gefallen sein?“

Man ist nie ganz sicher, wenn man auch noch so rein ist. Sie antwortete:

„Ich glaube nicht.“

„Da gibt es nur eins. Stülpe deinen Rahm hinauf und lange hinein.“

Sie stieß drei Schreie aus. Der erste war ein Angstschrei; sie stieß ihn beim Anfassen eines unförmlich großen und klebrigen Gegenstandes aus, der am Boden des Fasses war. Den zweiten Schrei stieß sie aus beim Herausnehmen dieses Gegenstandes, und den dritten Schrei, der am durckbringendsten war, stieß sie aus, als sie die kleine Rage ans Licht zog.

Am übrigen waren sowohl Regrain wie seine Frau sofort im Wille. Es war Bohand! Sie mußten genau, daß man bei ihm auf alles gefaßt sein mußte, aber dies hätten sie nie erwartet. Er hatte sich benommen wie ein Metzger.

Armes Tierchen! Sogar seiner Frau machte Regrain den Vorwurf:

„Du hättest nicht so zu drücken brauchen. Du hättest dir denken können, was es war.“

Sie hätte weinen können, sowohl der Rage als des Streitens wegen, der auszuwechen drohte. Es war doch nicht ihre Schuld. Sie legte das Käpchen in eine Ecke des Rahms. Es war ganz flach gedrückt. Die Alte näherte sich. Sie schloste an ihrem Jungen. Regrain war wütend, und setzte er sich da nicht in den Kopf, daß die Rage nicht an ihm herumschleifte, weil es ihr Junge, sondern weil es von Rahm überzogen war. Er sagte sie mit großen Fußstritten davon.

Dan erst dachte man an die Butter. Regrain war der Meinung, daß niemand es wissen würde: die Frau sollte nur weiter ihre Butter rühren und am Markttage verkaufen, als ob das Unglück nicht passiert wäre. Aber sie war stolz und auf das gute Ansehen ihrer Produkte er-

richtigt. Noch ehe sie die Frage erwogen hatte, rief sie aus:

„Nie im Leben!“

Regrain geriet auf einen andern Einfall: da sie die nicht verkaufen wollte, so würden sie sie selber hernehmen. Aber davon wollte sie auch nichts wissen.

Ob er auch immer wieder sagte:

„Es ist doch besser sie herzunehmen, als sie verderben zu lassen.“

Vier Pfund waren es gewiß. Voll Zorn stand Regrain auf und ging wieder auf das Feld hinaus.

Am Tag nach diesem düsteren Vorfall war Markt. Die Frau ging mit ihrem Korb in die Stadt. Sie mußte, daß sich jeden Vormittag gegen elf Uhr Bohand zu Mousel, dem Gastwirt, begab, um seinen Vermut zu nehmen. Sie louerte ihn auf. Und als er dort inmitten seiner Trinkenossen saß, ging sie in die Metzgerei, wo Frau Bohand ganz allein war. Sie gab ihre Erklärungen ab:

„Ihr Mann hat mir gesagt, daß sie Butter einzufallen wollten und mich beauftragt, Ihnen vier Pfund davon zu bringen.“

„Nichtig.“ sagte die Metzgerin, „er war gesteu bei Ihnen.“

Arme Frau! Seine üblen Streiche erzählte er ihr freilich nicht. Es tat einem sogar leid, sie zum Weinen zu halten! Sie zahlte die Butter. Die Frau des Regrain war bei der Sache und verlangte sogar ein gutes Geld dafür: dreißig Sous für das Pfund! Auf dem Markt kostete es nur sechsundzwanzig Sous, aber gleichviel! Der Ueberschuß sollte die Rage decken!

Als Bohand beim Nachhausekommen die Geschichte hörte, hatte er zum Glück noch nicht zu Mittag gegessen; denn es hätte ihn der Schlag treffen können. Er ging ohne Hut auf die Straße; die Regrains umbringen, hätte ihm nicht genügt. Er hätte sie überdies noch essen müssen. Ihr Haus ansteden war eine geringe Vergeltung. Bis auf

den geschraubten Sätzen der Antwort des Justizministers hervorragt, wohl lange auf sich warten lassen. Er meint, die außerordentlichen Verhältnisse, besonders in der Slowakei und in Karpatenrußland, gestatten nicht, heute eine derartige Reform des Pressewesens in Angriff zu nehmen. Der Justizminister ist da der Meinung, daß die Erziehung des objektiven Presseverhaltens durch subjektive Verfolgung „auch technisch nicht möglich“ ist, weil — man höre! — „die Geschworenengerichte die ihnen erwohrenden Aufgaben nicht bewältigen konnten.“ Es ist also das gute Herz des Justizministers, welches die Reform unseres veralteten Pressegesetzes auf den Rimmerleinstag hinauschiebt! Bemerkenswert ist, daß der Herr Justizminister sich die Reform des Pressegesetzes derart vorstellt, daß dann die Geschworenengerichte vor Arbeit nicht aus noch ein wählen. Aus allem ist ersichtlich, wie der Schutz der Freiheit der Presse unter der gegenwärtigen Regierung bestellt ist.

Der Kampf Urbenskys.

Die tschechisch-sozialistische Opposition erläßt einen Aufruf an die politische Öffentlichkeit und insbesondere an die Mitglieder der tschechischen sozialistischen Partei. In diesem Aufruf wird zunächst die Herrschaft der Bäckereileute scharf gegeißelt. Die Oligarchie im Staate habe tatsächlich die Freiheit der Abgeordneten und der verfassungsmäßigen Faktoren beseitigt. Die Oligarchie in der Partei habe sich offen gegen den Willen der Parteimitglieder gestellt und den Beschluß der erweiterten Parteivertretung, sowie vieler Parteiorganisationen, gnüßlich mißachtet. Daher können die Unterzeichneten nicht schweigen, sie seien gezwungen, dem Volke die wahren Zustände zu enthüllen und die Maske der Demokratie von den Gesichtern der Oligarchen zu reißen. Sie betrachteten es als ihre Pflicht, Abänderungsanträge zum Schutzgesetz zu überreichen, denn wenn sie ein besseres Gesetz nicht einem schlechteren vorträgen, würden sie ihr Mandat nicht noch bestem Wissen und Gewissen erfüllen, wie ihnen die Verfassung aufträgt, aber die Koalition und ihr fünfstelliger Ausschuß verbietet. Nach Klubbeschlüssen sei der Vorsitzende des Klubs verpflichtet, mit den übrigen isolierten Parteien zu verhandeln, um wenigstens die wichtigsten der Abänderungsanträge zur Annahme zu bringen. Wenn dies wirklich und gewissenhaft geschehen wäre, wäre es nicht zum selbständigen Vorgehen im Plenum des Hauses gekommen. Interessant ist die Angabe der Opposition, daß man sich mit dem Vertreter der tschechischen Sozialdemokraten Dr. Reikner bereits über die wichtigsten Änderungen geeinigt habe, daß aber Minister Schramel im Koalitionsausschuß ein weiteres Verhandeln nicht dulde. Die Vermutung, daß die sozialistischen Parteien in der Koalition unter dem Kommando des Herrn Schramel stehen, ist damit neu bestätigt. Schließlich erklären die Unterzeichner des Aufrufes, daß sie weiter auf den Grundrissen der Partei beharren und daß sie das Programm, das die erweiterte Parteivertretung aufgestellt habe, für bare Münze nehmen. Am Schluß des Aufrufes heißt es:

„Diejenigen, die mit dem Vorgehen der Mehrheit des Abgeordnetenklaus und des Vollausschusses der Partei übereinstimmen, haben schon gesprochen. Wir glauben, es wird mehr derer sein, die der beengten „Reinigung“ der sozialistischen Partei von den Sozialisten einen Grenzstein setzen werden und uns helfen werden, am Boden der Partei den Kampf für ihre wirkliche Gesundheit und Reinigung weiterzuführen. Diesem Ziel gehen

die Mauern hätte er es niederreißen und auf den Trümmern herumtanzen mögen, bis er sie zu Staub zertritten hätte. Das Erreich von Regains Feldern hätte er aufwerfen mögen, von einer gefährlichen Krankheit befallen werden und sie darüber erbrechen.

Er ging wieder heim, seine Mühe zu holen. Er hatte gute Lust, seinen Wagen anzuspannen und sich schur gerade in den Fluß zu stürzen. Eine Butter, in welcher eine Kabe krepirt war! Zwar schredte Bohand vor seiner Zweife zurück. Er hätte von einem abgelagerten Däsen, von frankem Kalb, magerem Schwein, einer alten Henne, ja einem stammessischen Schwein gegessen, wenn es hätte sein müssen. Er hatte sogar einmal einen Hgel und sogar einen Raben gefloßt. Er hätte dies alles im Notfall in einer Suppe verkochen lassen. Aber eine Kape! Zwar konnte man ja nicht sagen, daß es ein unsauberer Tier ist. Als er beim Regiment war, hatten sich eines Tages die Soldaten, sowie er selbst, während der großen Mäuder einer Kape bemächtigt, ihr das Fell abgezogen, sie gefloßt und gegessen. Was ihn schredte, war der Gedanke an den Schnurrbart. Er war gelb gewesen. Sicher waren die Haare noch, als das Tier aus dem Butterfah hervorgezogen wurde. Aus Augen, die in Rahm ertränkt werden, entsteht eine schmutzige Masse. Die ganze Butter schien ihm zu einer unnenbaren Flüssigkeit zerronnen, die er Lakensast nannte. Er fühlte, daß er sein ganzes Leben unfähig sein würde, zu essen. Er zitterte. Er konnte nicht einmal mehr gehen. Seinen Wagen anzuspannen? Wozu? Er hätte vielleicht nicht die Kraft gefunden. Er ging in sein Schlafzimmer, weil dort niemand den wie ein Hund. Er setzte sich nieder. Er legte war. Er wollte am liebsten allein in der Ede sterke Mühe ab, die ihn drückte. Armer Bohand! Er hielt beide Hände vor das Gesicht, um nichts mehr zu sehen, und zwischen seinen diden Mehgerfingeren fühlte er die Tränen rinnen, die Tränen des großen Kindesopfers, der er war.

Sprachenzwang für Eisenbahner.

Das Eisenbahnministerium hat soeben Dienstvorschriften herausgegeben, deren Bestimmungen über die Kenntnis der tschechischen Sprache für die Ersten vieler Eisenbahner einschneidende Bedeutung erlangen werden. Das Ministerium steht auf dem Standpunkt, daß die Angestellten die Dienstsprache beherrschen müssen, weil sonst die Sicherheit des Verkehrs und dessen lagloser Vollzug bedroht sei. Diese ist durchaus ansehbar, die Zentralisation der Bahnbetriebe von Prag aus ist zum geringsten Teile eine technische und in der Hauptsache eine politische Angelegenheit. Jedenfalls stellt das Ministerium, auf diese These gestützt, bei Neuaufnahmen die Bedingung, daß sich Bewerber, wenn sie sich nicht zeugnismäßig über die Kenntnis des Tschechischen ausweisen können, einer Prüfung unterziehen müssen. Finden sie wegen Mangels qualifizierter Bewerber trotz unzureichender Beherrschung der Dienstsprache eine Anstellung, so kann diese nur eine provisorische sein und lediglich auf Proben erfolgen, wo der Dienstvollzug weder schriftlich noch mündlich, also wohl nur rein mangel vor sich geht.

Da junge Leute die Staatsprache erlernen können, mag man sich mit dieser Bedingung abfinden. Viel härter wird eine Unzahl schon im Dienste stehender deutscher Eisenbahner die Forderung des Ministeriums treffen, daß sie sich bis zum 31. Mai 1924 einer Prüfung aus dem Tschechischen unterziehen müssen, sofern sie keine Zeugnisse aus tschechischen Schulen besitzen oder ihnen der Dienstvorstand nicht genügende Sprachkenntnisse bescheinigt. Ohne solche Prüfung können provisorische Beamte nicht definitiv werden und definitive haben sich die Folgen eines Mißerfolges bei der Prüfung, wie es in den Vorschriften so schön heißt, „selbst zuzuschreiben“. Als solche „Folgen“ werden ihnen Veretzung in rein tschechisches oder rein slowakisches Gebiet, zeitlicher oder definitiver Ruhestand, ungenügende Qualifikation und provisorische Entlassung angedroht. Diesen harten „Strafen“, muß man schon sagen, gegenüber ist die Konzeßion, daß Bedienstete mit mehr als fünfundsiebzig Dienstjahren von der Prüfung befreit werden können, viel zu unbedeutend, denn die Mehrzahl aller deutschen Eisenbahner wird so doch dem Fallbeil der Prüfungskommission ausgeliefert.

Daran ändern auch die Prüfungsvorschriften wenig, wiewohl sie „ausdrücklich“ feststellen, daß „der Zweck der Prüfungen die Sicherung des laglosen Ganges des Dienstes ist, weshalb es nicht am Platze wäre, an das bereits dienende Personal detaillierte Anforderungen zu stellen“, welche die durch das Tätigkeitsgebiet des Einzelnen gegebenen „Grenzen überschreiten“. Ein Bahndiener oder Magazinbediensteter wird, wie das Ministerium beispielsweise anführt, weniger wissen müssen als

wir in den nächsten Tagen unsere eigene Presse in den Dienst und hoffen auf Hilfe aller, denen der Sozialismus nicht eine bloße Maske ist. In den Kampf gehend, werden wir das Programm der Partei und den Beschluß der letzten erweiterten Parteivertretung, welchen die Partei mißachtete, verteidigen. Weg mit der Oligarchenherrschaft, in dem Kampf für den Sozialismus. Stirbt die Demokratie und um die Rettung des Staates vor einer inneren Krise!“

Unterzeichnet ist dieser Aufruf von den vier ausgeschlossenen Abgeordneten Dr. Bartosch, Draxl, Vanda, Stych, Dr. Urbensky, von den fünf ausgeschlossenen Mitgliedern des Volljugendausschusses, Chefredakteur Borek, Redakteur Danda, Redakteurin Srdliakova, Ingenieur Stych und von den mit den Ausschlossenen sich solidarisch erklärten Redakteuren Rozal und Dr. Kraus.

Die tschechische Arbeitergemeinde (die Zentralstelle der tschechisch-sozialistischen Gewerkschaften) veröffentlichen eine Kundgebung, in der sie das Vorgehen Urbenskys verurteilt und vor einer eventuellen Zwaltung der Gewerkschaft warnen. Auch der Gemeindevorstand des Großprogrs nimmt gegen Urbenskys Stellung. Wie wir erfahren, ist aber dieser Beschluß nicht einstimmig zustande gekommen. Der Bezirksvollzugsausschuß der nationalsozialistischen Partei in Klado nimmt ebenfalls gegen Urbenskys Stellung, leugnet aber nicht den Ernst der Situation, welche eine sehr schwere Prüfung der Organisationen und Parteimitglieder darstellt.“

Beachtenswert ist die Kundgebung des Ausschusses der Eisenbahnergewerkschaft. Diese bedauert zwar den Bruch der Klubdisziplin, fordert aber die Partei auf, unerschütterlich auf den sozialistischen Grundrissen des Programms zu beharren und Streitigkeiten einzelner innerhalb der Partei auszutragen. Es liegt hier also eine, wenn auch verdeckte Mißbilligung des Vorstandes der Parteivertretung vor. Ein Aufruf der Zentralausschusses der Jugendlichen spricht sich gegen eine Spaltung der Partei aus und schließt: „Nicht Personen, sondern den Sozialismus stellen wir zu höchst. Die Jugendbewegung wird immer eine Stütze des sozialistischen Charakters der Partei bleiben.“

Der größte Vorwurf, den die Führung der tschechisch-sozialistischen Partei der Urbenskygruppe macht, ist der, daß sie sich im offenen Hause gegen das Schutzgesetz stellte. Tatsache ist aber, daß die vier Betreuen Urbenskys für einige Bestimmungen des Gesetzes stimmten und nur

Kanzleibeamte oder Kanzleibedienstete. Für die Erstenannten wird vermutlich das Prüfungsergebnis „genügend in Wort“ ausreichen, das jener erhält, der sich mündlich in der Dienstsprache verständlich ausdrücken kann, mag er auch grammatikalische Fehler machen. Die nächst höhere Stufe ist „genügend in Wort und Schrift“: sie erreicht, wer in verständlicher Weise die tschechischen Agenda seines Dienstzweiges, selbst wenn auch mit grammatikalischen Fehlern, zu erledigen“ trifft. Mit dem Ratsch „vollkommen“ wird derjenige ausgezeichnet, der die Sprache nicht nur dienstlich, sondern auch sonst meistert. Eine Wiederholung der Prüfung ist nur einmal zulässig und muß binnen eines halben Jahres erfolgen. Daß sie mündlich und schriftlich, letzteres „kommissionell“ erfolgt, läßt nicht eben geringe Anforderungen ahnen.

Man vermehrt in den „Dienstvorschriften“ völlig jene Bestimmungen, welche der Kenntnis der deutschen Sprache gelten. Denn so wichtig das Klappen des Dienstapparates für jeden Angestellten des heiligen Bürokratismus sein mag, so ist doch nicht zu leugnen, daß die Eisenbahnen nicht nur für den Dienstbetrieb, sondern auch für das Publikum da sind. Und da dürfte das tschechische Eisenbahnministerium wissen, daß die Reisenden im deutschen Sprachgebiet der Republik, daß die tausenden von Ausländern, die nach den Bädern fahren, ohne deutsches Personal undenkbar sind, und ebenso bedarf dort die Abwicklung des Frachtverkehrs deutscher Kräfte. Die Eisenbahnerverwaltung ist also auf deutsche Bedienstete angewiesen und sie würde billiger handeln, wenn sie, statt zu drohen, die besondere Verwendbarkeit von Leuten, welche beide Landes Sprachen beherrschen, hervorhebt und anerkennt wolle.

Mit welcher Strenge und mit welchen stofflichen Anforderungen immer die Prüfungen aus dem Tschechischen werden abgehalten werden, jedenfalls werden sie in den Händen „tüchtiger“ Kommissionenmitglieder ein vorzügliches Mittel abgeben, um die deutschen Eisenbahner nach Gutdünken von einem Dienstzweig zum anderen, in dem ihre Sprachkenntnisse „ausreichen“, und aus ihrer Heimat in tschechische Gegenden zu schieben. Das Ministerium kann so in tschechisches Gebiet tschechische Bedienstete versetzen und deutsche Eisenbahner zwingen, ihre Kinder in ganz tschechischen Gebieten zu lassen. Wenn sich, wie die Tschechen sagen, die Vertreter der tschechischen Bevölkerung zu „germanisieren“, so werden die Tschechen, nun sie das Heft in Händen haben, nicht um ein Haar schlechter als Tschechikern, im Gegenteil, sie übertrifft ihre Lehrenter beträchtlich. Man wertet also die neuen „Dienstvorschriften“ nur dann richtig, wenn man die Tragweite der ihnen zurumde liegenden politischen Absichten ermit.

bei den ärgsten und reaktionärsten Bestimmungen des Gesetzes Abänderungsanträge stellen. Beachtenswert ist nun, daß die politische Partei der tschechischen Gewerbetreibenden sich ebenfalls sehr scharf gegen die Bestimmungen wendet, die auch Dr. Urbensky bekämpfte. Diefelben Gewerbetreibenden werden nun in die Regierung gelockt, um den Stimmenverlust, der durch Urbenskys Abgang entstand, zu ersetzen. So will die Koalition ihr Leben verlängern!

Werden heute noch Gemeindevahlen stattfinden? Der Verband der deutschen Selbstverwaltungskörper teilt uns folgendes mit: Nach einer Nachricht der „Prager Presse“ und des „Prager Abendblatt“ sollen die Gemeindevahlen in den Monaten Juli, August und September im ganzen Gebiete der tschechoslowakischen Republik, also auch in Karpatenrußland, stattfinden. Daß diese Nachricht aus der Zeit gegrißt ist und keinerlei Anspruch darauf hat, ernst genommen zu werden, geht schon daraus hervor, daß nach Paragraph 11 der Gemeindevahlordnung in der Fassung des Gesetzes vom 14. Juli 1922, innerhalb der Frist von zwei Monaten, gerechnet von dem Tage, an dem nach dem Gesetze über die ständigen Wählerverzeichnisse aufgelegt werden sollen, keine Gemeindevahlwahlen durchzuführen sind. Die ständigen Wählerverzeichnisse sind bekanntlich am 15. Juni und am 15. Dezember aufzulegen; es dürfen somit in der Zeit vom 15. Dezember bis 15. Feber und vom 15. Juni bis 15. August Gemeindevahlen nicht stattfinden. Da die politischen Behörden derzeit noch nicht die geringsten Vorbereitungen getroffen haben, die Gemeindevahlen vor dem 15. Juni zu ermöglichen, ist es klar, daß die Gemeindevahlen frühestens in der Zeit vom 16. August bis 14. Dezember 1923 stattfinden können. Bezüglich der Durchführung der Gemeindevahlen in der Slowakei und in Karpatenrußland sind bisher nicht die geringsten Vorbereitungen wahrzunehmen. Es sind deshalb Zweifel mindestens darüber gestattet, daß in der Slowakei und in Karpatenrußland noch im Jahre 1923 Gemeindevahlen stattfinden werden. — Eine Bestätigung findet diese Nachricht durch folgende Meldung der „Lidove Roviny“: „Der Plan, Gemeindevahlen noch im Sommer auszuschreiben ist fallen gelassen worden. Es wird dies wahrscheinlich erst nach den Ferien geschehen. Der Grund hierfür ist, daß man mit Bestimmtheit die Novelle zum Gemeindevahlgesetz genehmigen will, in welcher Novelle die wichtigste Bestimmung die

ist, durch welche das Soldatenwahlrecht aufgehoben wird. Die Mehrheit für diese Novelle betrachte man als gesichert.“

Noch ein reichsdeutsches sozialdemokratisches Urteil über Schutzgesetz und tschechische Sozialdemokraten. Die „Leipziger Volkszeitung“ schreibt über das tschechoslowakische Ausnahmengesetz unter anderem: „Den äußeren Anlaß zur Ausarbeitung der Regierungsvorlage hat, ebenso wie zu dem deutschen Schutzgesetz, ein Nordanschlag auf einen Minister, den Finanzminister Dr. Raschin, gegeben. Während aber in Deutschland die Republik durch die monarchistischen Kreise tatsächlich ernstlich bedroht wird, kann davon in der Tschechoslowakei keine Rede sein. Der Anschlag auf den Minister Dr. Raschin war die Tat eines unreifen Burshen, für den keine politische Partei verantwortlich gemacht werden kann. Es gibt keine politische Gruppe, die ernstlich an die Beseitigung der Republik denkt und das beschlossene Gesetz ist in Wirklichkeit nichts anderes als ein bössartiges Ausnahmengesetz gegen die den herrschenden Kreisen unbenqueme Opposition, besonders gegen die Arbeiterschaft.“ Das Blatt zitiert dann die wichtigsten Bestimmungen des reaktionären Gesetzes und würdigt den Kampf, den unsere Partei dagegen geführt hat und weiterführt. „Dagegen haben“ — so schreibt das Blatt am Schluß — die Koalitionsparteien geschloffen für das Gesetz gestimmt. . . Das Bedauerliche und Beschämende ist, daß sich unter diesen Koalitionsparteien auch die tschechische Sozialdemokratie befindet. Sie hat das zweifelhafte Verdienst, dem schändlichen Ausnahmengesetz, unter dessen Anwendung zweifellos auch die tschechische Arbeiterschaft wird leiden müssen, zur Annahme verholten zu haben.“

Wer ist der Schurke? Der Duxer „Tag“ brachte in seiner gestrigen Nummer einen Leitartikel, der für den nationalen „Sozialismus“ zu werden sucht, indem er zwanzigmal die urdumme und verdummende Behauptung aufwandelt, die sozialistische Internationale sei nichts anderes als „eine Subkoreanisation des internationalen sozialistischen Judentums“. Dieser hanebüchene Blödsinn, der den Antisemitismus mobilisieren will und nur mit dem geistigen Hallunackentum der Arbeiterpartei rechnen, wäre an sich natürlich kein genügender Anlaß zur unappetitlichen Beschwärtigung mit dem Dronen des Abgeordneten Anitsch. Mitten drin aber in diesem zusammenhanglos geschriebenen Aufsatz findet sich auch folgender Satz: „Auch die deutsche Arbeiterschaft beginnt einzusehen, daß es mit der vielgepriesenen Internationale nichts ist, daß sie bisher von gewissenlosen Schurken genarrt und betrogen worden ist.“ So klar es ist, daß mit den „gewissenlosen Schurken“ die Führer der Sozialdemokratie gemeint sind, so sicher ist auch, daß Herr Anitsch, vor Gericht gestellt, diese leider sehr allgemeine Behauptung dazu herüber würde um sich anzureden und anzukneifen. Darum fragen wir ihn klipp und klar: ist er bereit, die Verantwortung für diese gefährliche Verleumdung und Beschimpfung zu übernehmen und Namen solcher „gewissenloser Schurken“ zu nennen, damit dieses Lumpenstück aller deutschdominanten Blätter und sein Herausgeber einmal vor Gericht gehandhabt werden können? Oder soll der anonyme, feine Verleumder, der da redlich nicht zu fassende Beschimpfungen der internationalen Sozialdemokratie vom Stapel läßt, geschützt bleiben? Dann bezeichnen wir ihn auhererichtlich aber in aller Öffentlichkeit als einen Schurken.

Wieder ein Ausgeschlossener. In der Partei der sogenannten tschechisch-fortschrittlichen Sozialisten, die von den aus der tschechischen Sozialdemokratie Anfang 1920 ausgeschlossenen Abgeordneten Modraček und Sudec berundet wurde, ist nun der politische Führer dieser Partei, Modraček, ausgeschlossen worden. So klein diese Partei ist, so verlierte sie schon seit einiger Zeit über einen rechten und linken Flügel. Den rechten Flügel dieser sonderbaren sozialistischen Partei, der Verbindung mit den tschechischen Faschisten suchte, führte der Abgeordnete Sudec, den linken Flügel der Abgeordnete Modraček. Der sich doch noch einen gewissen Rest seines proletarischen Empfindens gewahrt hatte. Auf dem letzten Kongreß der Partei ist nun der gelehrte aber energetische Modraček gegenüber dem opportunistischen aber energielosen Sudec unterlegen. Und nun hat der Vollzugsausschuß Modraček den Mann, der die Partei gegründet und deren Programm ausgearbeitet hat, ausgeschlossen. Gleichzeitig wurde er von der Leitung der „Sozialistische List“, das Wochenblatt der Partei entfernt und an seine Stelle der Abgeordnete Ziejkal gesetzt.

Die Arbeiterpartei seines Englands Flossenprogramm.

London, 10. März. (Tsch. P.) „Daily News“ zufolge wird das Arbeiterparlamentmitglied Snowden am Montag im Unterhause einen Antrag einbringen, worin das Bedauern darüber ausgedrückt wird, daß in das kommende Budget für die Flottenausgaben eine Summe von 61 Millionen Pfund Sterling eingelegt sei, die nicht vereinbar sei mit dem von der Regierung gegebenen Sparamtsversprechen. Die Regierung wird aufgefordert, ihren Einfluß geltend zu machen, um sobald wie möglich eine internationale Konferenz zustande zu bringen, welche eine Erweiterung der Grundzüge des Washingtoner Vertrages zur Beschränkung der Rüstungen zur See erwägen soll.

Die Reparationskommission fordert.

Paris, 10. März. (Sch. P.) Die Reparationskommission veröffentlicht über ihre gestern stattgefundene Sitzung folgendes Kommuniqué: Es ist mit drei Stimmen bei einer Stimmenthaltung beschlossen worden, daß während der Uebergangsperiode, die am 30. April zu Ende geht, Deutschland an Frankreich 2000 Tonnen Stickstoff aufgrund des Anhangs 2 in Form von 10.000 Tonnen Ammoniumsulfat zu liefern hat, ferner an Italien 1200 Tonnen Stickstoff in Form von 6000 Tonnen Ammoniumsulfat und an Belgien 1000 Tonnen Stickstoff in Form von 5000 Tonnen Ammoniumsulfat. Diese Lieferungen gehen über die aufgrund des Protokolls vom 24. Februar 1922 an Frankreich zu liefernde Menge hinaus. Mit drei gegen eine Stimme wurde ferner beschlossen, für die Zeit vom 1. Mai 1923 bis 30. April 1924 60.000 Tonnen Stickstoff zu bestellen, abgesehen von den Mengen, die die französische Regierung auf direktem Wege von der deutschen Regierung angefordert hat. (Wo Deutschland diese Stickstoffmengen hernehmen soll, nachdem es seines wichtigsten Industriegebietes beraubt ist, unerläßt die Reparationskommission wohlweislich zu sagen. D. R.)

Die Reparationskommission hat sich Freitag mit dem Beitritt Südlawiens zum Benelux-Abkommen über die deutschen Zuckelieferungen beschäftigt. Der „Temps“ stellt im Zusammenhang hiermit fest, daß Südlawien, das von den deutschen Zuckelieferungen starken Gebrauch mache, allein im Jahre 1922 117 Millionen Goldmark aufgrund des Friedensvertrages bezogen habe. Es beabsichtigt, die Möglichkeit noch härter auszunutzen, und hat zu diesem Zwecke seinen Beitritt zum erwähnten Abkommen beantragt.

Gemeinere Verhandlungsversuche.

Berlin, 10. März. Das Wollfische Bureau veröffentlicht die Erwiderungen des Staatssekretärs Bergmann, des Industriellen Altdner, Silberberg und Stinnes, sowie des Reichsministers Rosenberg auf das französische Gelddbuch über die Pariser und die Londoner Konferenz.

Staatssekretär Bergmann erklärt: Deutschland benachrichtigte am 31. Dezember 1922 die Regierungen in London, Paris, Rom und Brüssel, daß er beauftragt ist, der Pariser Konferenz auf Wunsch einer deutschen Reparationsplan zu unterbreiten und mündlich zu erläutern. Bis zum Abbruch der Konferenz habe er vergeblich auf die Mitteilung gewartet, daß dies den alliierten Regierungen erwünscht ist.

Die genannten Industriellen bemerken: Sie waren auf Wunsch der deutschen Regierung bereit, im Sommer und im Dezember 1922 mit der Gegenseite über die Lieferung von Braunkohle, besonders Koks, für die französische Eisenindustrie zu verhandeln. Hierdurch sollte die allgemeine wirtschaftliche Verständigung angekündigt werden. Die genannten Industriellen führten weder zusammen noch vereinzelt oder planlos Verhandlungen mit der französischen Regierung oder der französischen Industrie über politische Abmachungen ohne Kenntnis der deutschen Regierung.

Reichsminister Dr. Rosenberg stellt fest: Die deutschen Absichten einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Frankreich und einer weitgehenden Verständigung der beiden Länder waren der englischen Regierung bekannt und wurden von ihr in der Hoffnung auf eine daraus hervorgehende allgemeine wahre Befriedigung Europas begrüßt. Deshalb trat die Regierung an Altdner, Stinnes und Silberberg heran, die Basis einer wirtschaftlichen Verständigung festzulegen. Poincaré lehnte die Verhandlung ab. Weiters stellt Rosenberg fest: Deutschland erklärte sich in dem Moratoriumsbescheid zu Zuckelieferungen für den Wiederaufbau auch während des Moratoriums bereit.

Die Teuerung in Deutschland.

Berlin, 10. März. (Wolff.) Für den Durchschnitt des Monats Februar ergibt sich nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes eine Steigerung der Großhandelsindexziffer. Von dem 2785fachen des Vorkriegsstandes im Jänner auf das 5585fache oder um 100,50 Prozent. Das Preisniveau der Einfuhrwaren hat sich in derselben Zeit von dem 4758fachen auf das 8796fache oder um 85 Prozent, das der Inlandswaren von dem 2390fachen auf das 4942fache oder um 107 Prozent gehoben.

Die „humanité“ wegen Heeresbeleidigung geklagt.

Paris, 10. März. (Savas.) Auf Grund einer Beschwerde des Kriegsministers hat die Staatsanwaltschaft gegen das kommunistische Blatt „Humanité“ die Anklage wegen Verunglimpfung der Armee erhoben.

Christiania, 10. März. Der Kongress gewerkschaftlicher Landesorganisationen der Arbeiter hat mit allen gegen 29 Stimmen beschlossen, aus der Amsterdamer Internationale auszuscheiden. Der Vorschlag des Sekretariats, die Frage des Anschlusses an die rote gewerkschaftliche Internationale näher zu erwägen und die Frage durch Urabstimmung entscheiden zu lassen, wurde mit 121 gegen 64 Stimmen angenommen.

Tragödien des Hungers.

Die deutschen Schwerindustriellen bereiten sich planvoll für den Tag vor, wo sie gemeinsam mit ihren französischen Kollegen die Ausbeutung der Ruhrkohle und der Ruhrarbeiter in die Hand nehmen können, wo die Konjunktur „Vaterland“ zum alten Eisen gelegt und die alte, treubewährte Parole „Geschäft“ wieder hervorgeholt werden kann. Der Fortbestand des deutschen Kohlenyndikates liefert dafür, wie man an anderer Stelle des heutigen Blattes nachlesen kann, den bündigen Beweis. Mit ihrem Blut und Leben, ihrem Glück und ihrer Zukunft zahlen an der Ruhr und im übrigen Deutschland die Proletarier den Konkurrenzkampf der Industrien und der kapitalistischen Regierungen. Das war im Weltkrieg so und ist es heute, da der waffenlose Krieg des Hungers und der Not in Deutschland gekämpft wird und die Verzweiflung des deutschen Arbeiters, des deutschen Kleinbürgers täglicher Heim- und Schlafgenosse geworden ist. Einige erschütternde Dokumente, die wir dem soeben erschienenen Flugheft „No!“ des deutschen Roten Kreuzes entnehmen, verkünden das jedem, der noch fühlen kann, in herzbelebender Sprache. Diese Zeugnisse deutscher Not, eine brennende Anklage gegen die imperialistische Schande unserer Zeit, lauten:

Helmstedt. Den Tod auf den Schienen suchte und fand der behärrte Invalide R. von hier; er lief am Mittwochmorgen in der Nähe der Brücke am Magdeburger Tor dem nach Magdeburg fahrenden Zuge entgegen, wurde von der Maschine gefaßt und war auf der Stelle tot. Er ist ein Opfer der Zeit, wie viele andere seines Alters und Standes.

Delonitz i. B. Aus Verzweiflung über ihre wirtschaftlich unhaltbaren Lage ging in der Nacht zum Montag die hier in der Georgstraße wohnhafte 23 Jahre alte Fabrikarbeiterchefrau Ottiger mit ihren beiden zwei bzw. ein Vierteljahr alten Kindern durch Vergiftung mit Leuchtgas freiwillig in den Tod.

Der im besten Mannesalter stehende Arbeiter J. wurde am Sonnabend in seiner Wohnung in der Adelsheidstraße erhängt aufgefunden. Nahrungsforgen infolge Mangels an Arbeitsgelegenheit waren allem Anschein nach die Ursache des Lebensüberdrußes. Die Leiche wurde dem Institut für gerichtliche Medizin zugeführt.

Kolberg. Ueber einen Selbstmord aus Not wird berichtet: Vor den Augen eines Anglers sprang in der Nähe der Schwimmanstalt des „Regie“ eine unbekannte, etwa 30 Jahre alte Frau in den Oberstrom der Persante. Der des Schwimmens unkundige Angler konnte der Unglücklichen keine Hilfe bringen. Auf seinen Jurnst, sie möge doch das Ufer zu gewinnen suchen, rief die Frau: „Lassen Sie mich, ich

habe weder Geld noch Brot, ich will lieber sterben!“ Die Lebensmüde verschwand darauf in den Fluten. Die Leiche ist noch nicht geborgen.

Das letzte Mittel einer verzweifelten Mutter. Vor dem Schwurgericht beim Landgericht I Berlin hatte sich eine Mutter wegen Mordes und Mordversuches an ihren unmündigen Kindern zu verantworten. Frau Ruhnert aus Charlottenburg hatte noch selbigen Selbstmordversuchen eines Tages ihre Söhne Kurt und Alfred zu Bett gebracht, den Gashahn aufgedreht und sich selbst in der Absicht niedergelegt, der unerträglichsten Not, in der sie sich seit Jahren befand, durch Selbstmord ein Ende zu machen und dabei ihre hilflosen und tranken Kinder, für die niemand sorgen würde, mit in den Tod zu nehmen.

Breslau. Fünf Selbstmorde. Dieser Tage haben in Breslau nicht weniger als fünf Personen ihren Leben gewaltsam ein Ende gemacht, darunter ein 70-jähriges Ehepaar durch Gasvergiftung, ein 59 Jahre alter Stabsarzt a. D. durch Morphiumdämpfe und die anderen durch Veronal oder auf den Schienen. Die Ursache ist in der furchtbaren Wirtschaftslage zu suchen.

Dresden. Ein erschütterndes Drama, das die bittere Not in ehemals leiblich gutgestellten Familien kennzeichnet, spielte sich in einer Dresdener Kaufmannsfamilie ab. Die 74 Jahre alte Mutter hatte bis zu ihrem kürzlich erfolgten Tode für sich und ihre Kinder die allernotwendigsten Lebensmittel noch zu beschaffen vermocht. Als die Krankheit sie niederwarf, waren Entbehrung und Hunger im Hause eingezogen. Den 42 Jahre alten kränklichen Sohn und seine 40 Jahre alte Schwester fand man völlig abgemagert und dem Hungertode nahe im Bette liegend. Die jüngste, geistig gesunde Schwester hatte die Hoffnung auf Rettung aus dem Elend verloren und schnitt sich die Pulsader durch. Die Geschwister wurden nach der Heil- und Pflegeanstalt übergeführt.

Essen. Grauenhafte Not überall In einer Arbeiterversammlung in Essen ist mitgeteilt worden, daß im Ruhrbezirk in den letzten Wochen über hundert Selbstmorde aus Mangel an Nahrung verübt wurden.

Elisleben. Wahnsinnig geworden infolge Hungers. Die 43jährige Witwe Forberg in Elisleben, die mit ihren vier Kindern seit Monaten schon in den denkbar schlechtesten Verhältnissen lebt, ist infolge Hungers wahnsinnig geworden. Sie lief zur Polizei und flehte die Beamten an, sie zu erschießen. Die Polizei brachte die Unglückliche ins Krankenhaus, von wo sie dem Irrenhaus zugeführt werden sollte. Im Krankenhaus erhängte sie sich an ihren Haaren.

Der „Patriotismus“ der deutschen Schwerindustrie.

Mitte Februar hat das deutsche Kohlenyndikat in einer in Münster abgehaltenen Sitzung beschlossen, vorläufig seine Agenden fortzuführen und nicht, wie ursprünglich geplant war, sich aufzulösen. Der „Manchester Guardian“ berichtet über den Beschluß folgendes Nähere: „Die Herren Stinnes, Thyssen, Kirdorf und andere Industrieprominenz waren in Münster zugegen. In der letzten Sitzung vor der Franzoseninvasion hatte Herr Stinnes Wert darauf gelegt, daß das Syndikat aufgelöst und seine Organisation zerstört werde, damit es nicht in die Hände der Franzosen falle. Herr Kirdorf war dagegen, denn wenn es zerstört würde, könne es nur mit der größten Mühe wieder aufgebaut werden. Man schlug damals vor, es durch ein anderes Syndikat zu ersetzen, das dieselben Funktionen ausüben sollte: Kontrolle der Produktion, der Verteilung und der Kohlenpreise — während es selbst frei wäre von der Kontrolle des Staates. Mit anderen Worten wurde also die Rückkehr zur privaten Verwaltung empfohlen. Eine endgültige Entscheidung erfolgte damals nicht. Man wählte den Ausweg das Syndikat nach Hamburg zu verlegen. Da es jahresgemäß jährlich erneuert werden muß und da das Syndikatsjahr am 31. März abläuft, trat das Syndikat in Münster zusammen und beschloß hier, wie erwähnt, seinen Bestand bis Ende September zu verlängern.“ Nun ist der Fortbestand des deutschen Kohlenyndikates wirtschaftspolitisch eine Sache von Bedeutung und man hätte meinen sollen, daß alle deutschen bürgerlichen Blätter, die für Börsenvorgänge doch das lebhafteste Interesse haben, darüber spaltenlange Berichte bringen würden. Nichts dergleichen. Die Börsenpresse schwieg sich aus. Den Grund warum sie dies tat, versteht man aus dem Kommentar des „Manchester Guardian“. Dieser enthält nämlich die Herren vom Kohlenyndikat als höchst vorsichtige Leute, die wohl in ihren Blättern dem deutschen Volk ein „Durchhalten bis zum Letzten“ predigen und zumuten, sich selbst aber künftige Verhandlungen mit Frankreich wohl vorbereitet erhalten. Die Auflösung des Kohlenyndikates, also die Entlassung seiner Beamten, die Zerstörung seines ungeheuren Apparates, seines gesamten Materials an Aufstellungen, Berechnungen, Verteilungsplänen, Statistiken usw. wäre, wie das englische Blatt ausführt, ein tief einschneidender Schritt gewesen. Denn solange das Syndikat besteht, haben die französisch-belgischen Besatzungsbehörden, auch die Möglichkeit, es und damit das gesamte Wirtschaftsleben des Ruhrgebietes zu kontrollieren. Wenn das Syndikat zu bestehen fortfährt, so deshalb, weil es auf deutscher Seite eine führende Rolle bei den unvermeidlichen Friedensverhandlungen zu spielen haben wird. Sein Einfluß wird

entscheidend sein. Ist einmal eine Uebereinstimmung erzielt worden, so wird es seine früheren Funktionen wieder aufnehmen, vermutlich freilich ganz oder teilweise unter französischer Herrschaft. Die Zerstörung dieses Apparates wäre demnach ein Schlag für die Franzosen gewesen, der sie auf lange Zeit hinaus viel schärfer getroffen hätte, als alle Sabotageakte der Fabriken oder der Eisenbahnen. Das Syndikat bleibt für die nächste Zeit noch bestehen, weil eben die deutsche Schwerindustrie nicht von demselben Geist des Durchhaltens erfüllt ist, wie die Berliner Presse. Die Schwerindustrie, die vielmehr erkennt, daß Deutschlands Stellung und Erfolg höchst zweifelhaft sind, ist ganz deutlich bemüht, zu Verhandlung zu kommen und eine Organisation zu erhalten, die schnelle Einigung ermöglicht. Die Erläuterungen des durchaus deutschfreundlichen „Manchester Guardian“ zeigen wie geschäftstüchtig die als vaterländische Märtyrer angeführten Herren Stinnes, Thyssen und Genossen sind, und sie zeigen auch wie systematisch die Bürgerpresse diesen wahren Geist der Herrschaften verhilft.

Tages-Neuigkeiten.

Vorküßling.

Das stille Tal weit vor Stadt,
Das Tal, das meine Sehnsucht hat,
Liegt schwarz und schwer
Verfunken in ein Nebelmeer,
Erstochen ganz in grauer Qual.
Aber da?
— Alle durchschauert es fern und nah!
Einer lodenden Amsel Ton,
Erst nur verzagt,
Doch stärker bald,
Erlöst das Schweigen in dem Wald.
Und mit einem, mit einem Mal
Klingt ein Lachen herauf das Tal.
Und nun Jimmerts und sunfels von
heimlichem Licht,
Und man kann es nicht lassen und sagen
Und ahnt nur, daß es die Tiefen durchbricht
Und Herzen erweckt zum Schlagen.
Und was das Auge vorhin nicht sah —
Oder ob wirklich ein Wunder geschah?
— Kästchen mit goldenem Verlenband
Wiegen sich an der Wälder Hand,
Und durch verwehelter Salme Nacht
Leuchtet's wie einer Primel Pracht.
— Herz, es wird Frühling im Land!
— Noch reiten die Stürme geschlossen zutal,
Noch drängen die Nebel mit breiter Brust;
Aber die Amsel, die Amsel singt,
Und es erschwingt
Sich von neuem des Lebens Lust.

Dem Verdienten — der heilige Savaorden. Nach einer Meldung der „Morabni Lish“ erschienen gestern Vormittag zwei Vertreter der jugoslawischen Gesandtschaft beim Präsidenten der Nationalversammlung, dem tschechischen Sozialdemokraten Tomasek, dem sie im Auftrag Sr. Majestät des Königs Alexander von Serbien den heiligen Sava-Orden I. Klasse überreichten. — Zudem wird dies freundliche Ereignis registriert und außer unserer Gratulation auch unsere Geneigtheit darüber ausdrücken, daß die letzten hervorragenden Taten des Präsidenten so prompt eine glänzende Belohnung gefunden haben, bedauern wir bei dieser Gelegenheit erst recht das schmerzliche Fehlen Ihrer Majestät des Kären aller Herren und Nikitas aller Czernogorzei, die doch auch so schöne Orden ausstatten könnten.

Tschechisierung der Polizeiwachen in Deutschböhmen. Wie die „Ceskoslovenska Republika“ meldet, sind in der Vorwoche der Polizeiwachmannschaft in Eger 16 tschechische Polizisten einverleibt worden, wodurch dem Mangel an Polizisten, welche die tschechische Sprache beherrschen, abgeholfen worden ist. Man kann sich vorstellen, wie drückend dieser Mangel bisher auf der Bevölkerung von Eger gelastet hat. Wie würde der Verkehr in dieser reindeutschen Stadt aussehen, wenn es dort nicht Wachtleute gäbe, die tschechisch (und wahrscheinlich nur tschechisch) verstehen! Und gar für die Reichsdeutschen, die in Eger über die Grenze kommen, ist doch die Anwesenheit tschechischer Polizisten ein dringendes Bedürfnis. Außerdem aber kann es — nach der Meinung des Innenministeriums — für die Bevölkerung von Eger nur von Nutzen sein, wenn dort eine genügende Anzahl tschechischer Polizisten vorhanden ist, die durch die vortreffliche Prager Schule gegangen sind.

13.000 Kirchenaustritte innerhalb von zwei Monaten in Wien! Das Ergebnis der von den Wiener Freidenkern eingeleiteten Kirchenaustrittsbewegung liegt nun, wie die „Arbeiterzeitung“ meldet, vor. In der Zeit vom 1. Jänner 1923 bis 7. März haben bei den magistratischen Bezirksämtern in Wien insgesamt 13.000 Personen ihre Austrittserklärungen abgegeben. Aus der römisch-katholischen Kirche sind 12.006, aus der evangelischen 409, aus der mosaischen 327 und aus der altkatholischen 147 ausgetreten. Im Jahre 1921 betrug die Zahl der Religionsaustritte 9936, im ersten Halbjahr 1922 5975. Die Kirchenaustrittsbewegung ist im 10. Wiener Bezirk, in Favoriten, am mächtigsten. Dort sind in dieser Woche beispielsweise am Mittwoch und Donnerstag täglich 500 Personen aus der Kirche ausgetreten. Auch in der Provinz macht sich eine rege Austrittsbewegung bemerkbar. So sind in der letzten Zeit in Kollentauern 500 Personen, in Brunn am Gebirge 300 Personen aus der Kirche ausgetreten.

Numerus clausus auch an der Krausauer Universtität? Wie aus Ansfang gemeldet wird, hat die juristische Fakultät der joesellonischen Universtität in ihrer gestrigen Sitzung beschlossen, den Antrag der parlamentarischen Parteien betreffend die Einführung des Numerus clausus für jüdische Hörer an der Krausauer Universtität zu unterstützen.

Kirchengewerkschaften. In den Diözesen von Biviers und Lyon haben sich in jüngster Zeit die Geistlichen gewerkschaftlich organisiert. In katholischen Kreisen hat das unliebsame Aufsehen erregt. Die Frommen erinnern sich eben daran, daß die Geistlichen stets gegen die Gewerkschaften der Arbeiter wettern, und fragen, ob sich nicht die soziale Frage der Geistlichen am ehesten zum Gesundheitszustand eignet. Vor allem sehen sie aber in den Kirchengewerkschaften eine Gefahr für das hierarchische Prinzip. Wohin würde die katholische Kirche kommen, wenn der Wille der Mehrheit entscheidend und nicht die Unfehlbarkeit des einzelnen? Man erwartet daher, daß der Papi durch einen Wachspruch den geistlichen Gewerkschaften ein Ende machen wird.

Gedenkfeier für das Jahr 1848. Anlässlich der 75jährigen Wiederkehr der Revolution von 1848 veranstaltet, wie bereits mitgeteilt wurde, die „Freie Vereinigung sozialistischer Akademiker“ gemeinsam mit dem „Berein deutscher Arbeiter“ Dienstag, den 13. März um 8 Uhr abends im Karolinum (Hörsaal 4) eine Gedenkfeier, bei der Genosse Dr. Eudo Hartmann aus Wien sprechen wird.

Epidemisches Auftreten von Schlafkrankheit in New York. Wie aus New York gemeldet wird, sind dort Fälle von Schlafkrankheit in wachsender Zahl zu verzeichnen. Seit Montag früh sind 23 Fälle gemeldet worden. Die Zahl der Fälle seit 1. Jänner beträgt 260; von diesen haben 112 zum Tode geführt.

Flucht zweier Häftlinge aus der Bohnitzer Irrenanstalt. Aus der Arbeitsabteilung der Irrenanstalt in Bohnitz flüchteten zwei Korrigenden, der 32jährige Franz Savranek, Fabrikarbeiter, und der 20jährige Feldarbeiter Wenzel Kraus. Die Flüchtlinge werden fleißig verfolgt.

Neuregelung der Verjährungen. Vom Justizministerium wird mitgeteilt: Die dritte Novelle zu allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuch hat die Verjährungen neu geregelt, indem sie bestimmt, daß im Laufe von drei Jahren im Sinne des § 1480 namentlich auch Alimentationen, Deputatabgaben und zur Kapitaltilgung bestimmte Annuitäten und im Sinne des § 1486 auch nachstehende Verbindlichkeiten verjähren: 1. für gelieferte Gegenstände, durchgeführte Arbeiten oder für andere Leistungen im Gewerbe, Handelsbetriebe usw.; 2. für gelieferte landwirtschaftliche und Forstprodukte, 3. für Verpflegung, Pflege, Verlesung, Erziehung oder Unterricht; 4. Miet- und Pachtzinsen; 5. Bezüge und Erschloßten, die sich aus Verträgen von Hilfsarbeitern, Tagelöhnern, Bediensteten und von allen Privatangestellten ergeben, dann Guthaben

der Arbeitgeber an anbezahlten Vorkäufen, G. Gut- haben der Ärzte, Tierärzte, Geburtshelferinnen, Privatlehrer, Advokaten, Notare, Patentvertreter u. a. zur Besorgung von gewissen Angelegenheiten öffentlich bestimmten Personen als Entlohnung für ihre Leistungen und Ersatz für die Kosten. Durch die Regierungsverordnung vom 15. Februar 1923 wurde diese dreijährige Verjährungsfrist derart verlängert, daß die angeführten Verbindlichkeiten höchstens mit 1. April 1924 verjähren, soweit sie bereits durch eine längere gesetzlich festgesetzte Frist nicht verjährt sind. Bei den Verbindlichkeiten, die vor dem 1. April 1921 entstanden sind, beginnt die dreijährige Verjährungsfrist mit diesem Tage. Bei der Verhandlung über die in Rede stehende Verordnung hat der Ministerrat beschlossen, in Einklang die Verordnung nicht mehr zu verlängern.

Falsche 50-K-Noten. Nach einer amtlichen Mitteilung sind in Nordböhmen wieder neue 50-K-Noten im Umlauf, die die Serie 0041 oder 0072 und verschiedene Nummern tragen. Die Nummer scheint mit einem Handstempel aufgedruckt zu sein. Die Ockerfarbe ist aufdringlicher und greller als bei den echten Noten, die grünen Felder sind nicht voll, sondern schraffiert, die Punkte in den Rosetten weiß und die Strahlen der Sonne (auf der Rückseite der Noten) gehen bis an den Rand. Aus Bodenbach, Teichau, Haida und anderen Städten Nordböhmens wurden eine Anzahl solcher Noten beim Postamt in Bodenbach eingezahlt. Die Bevölkerung wird aufmerksam gemacht, bei der Entgegennahme von 50-K-Noten die größte Vorsicht zu walten zu lassen und Noten mit den obigen Merkmalen nicht anzunehmen.

Ein Todesopfer des Alkoholismus. Ein Trompeter des Inf.-Reg. Nr. 3 in Kremsier erkrankte, daß er einen Liter Sliwowich, mit Rum vermischt, austrinken werde. Er trank nach dem Abendessen das vereinbarte Quantum und gewann die Wette. Auf dem Heimweg starb er aber infolge Gehirnschlages.

Tragisches Ende eines Liebesverhältnisses. In Rieder-Einiedel unterhielt der verheiratete Metallarbeiter S. der Vater von drei Kindern ist, zu der verheirateten Frau S. ein Verhältnis, das durch einen vor kurzem aufgefundenen Brief bekannt wurde. Die beiden wollten deshalb gemeinsam aus dem Leben scheiden und tranken im Hofraum der Wohnung der Frau S. Kehlalk. Frau S. starb an den Folgen des Kehlalk-Genusses, während S. sich nach einigen Tagen erholt. S. wurde festgenommen und wird sich wegen des Todes der Frau S. zu verantworten haben.

Ein unliebsamer Sapphiker ist uns in unserem gestrigen Bericht über die Sitzung des Abgeordnetenhauses unterlaufen. Bei der Abstimmung über den Antrag Bierhut auf Errichtung eines Ausschusses für Bodenreform schloß der agrarische Antragsteller selbst und seine Klubkollegen in halber Übereinstimmung — durch Abwesenheit.

Eine mysteriöse Plebeassäre hat sich in Pilsen zugetragen. Dort wurde im Hotel „Merkur“ die 20-jährige Kellnerin Anna Markus mit durchschossenem Kopf auf dem Sofa liegend aufgefunden. Die Markus unterhielt mit dem Kellner Otto Stepanek eine Bekanntschaft. Die Nacht vorher verbrachte das Liebespaar in einem Gasthause, wo es zu Zwistigkeiten kam, die sich dann im Hotel fortsetzten. Nach der Anklage Stepaneks zeigte er der Markus an einem Revolver, wie geschossen wird. Die Waffe entlud sich plötzlich und das Projektil durchschlug den Kopf der Markus, die schwer verletzt wurde.

Ein Eisenbahnunglück verhütet. Knapp vor der Einfahrt des letzten Abendpersonenzuges in die Station Gars-Thunau der Kempthalbahn meldete, wie berichtet wird, am Donnerstag der diensthabende Beamte, daß die Strecke durch die Abrufung einer Felsenwand verlegt sei. Der Kleinhausler Josef Grafler aus Rammegg war neben der Bahnlinie nach Gars gegangen, um seine Frau, die mit dem Abendzug kommen sollte, abzuholen, und bemerkte, 500 Meter vor der Station Gars, daß eine Felsenwand abgerutscht war. Er meldete das sofort in der Station Gars. Da sich links von der Unfallstelle die hohe Felsenwand erhob und rechts, nur zwei Meter vom Schienenweg entfernt, der Abhang zum Kampfauk abwärts, so hätte, wenn die Meldung nicht erfolgt wäre, ein schweres Unglück geschehen können, zumal da es Abend war und ein Schneesturm herrschte, so daß der Lokomotivführer die abgerutschten Felsblöcke unendlich hätte nach rechtszeitig sehen können.

Ein neues Wasserkraftwerk in Baden. Die Abflüsse des Hochrheins im südlichen Schwarzwald sollen nach einem Bericht des „Industrieblattes“ durch ein neues Wasserkraftwerk, das sogenannte Elzwert ausgenutzt werden. Der Inhalt des Staubeckens beträgt 3,2 Millionen Kubikmeter, und durch eine 9,5 Kilometer lange Druckstollenleitung wird ein Gefälle von etwa 600 Meter für Kraftzwecke nutzbar gemacht. Ein weiterer Ausbau, bei dem der Gutachbach benutzt werden könnte, würde die Erzeugung von 78—83 Millionen Kilowattstunden ermöglichen. Das Elzwert soll mit den Werken am Rhein zusammenarbeiten und diese hauptsächlich in den Wintermonaten, wo der Rhein wenig Wasser führt, unterstützen.

Aus dem Prager Polizeibericht. Gestern vor-mittags sprang in Prag-Milow die 19-jährige Anna R. aus ihrem im ersten Stock gelegenen Zimmer in den Hof hinab. Sie blieb schwer verletzt liegen. Motive der Tat sollen Familienzwistigkeiten sein. — Dieser Tage wurde dem Verleger ein Betrüger eingeführt, der bei einer Reihe von Parteien falsche Rechnungen des Elektrizitätswerkes vorlegte und das Geld einlieferte. — In der Nacht vom Freitag zum Samstag wurde bei der Wirtschaftsgenossenschaft in Horaždovice ein Einbruch verübt, bei dem den Tätern 12.000 K in die Hände fielen.

Die Münchner Hochverräter — Beauftragte Poincarés.

Berlin, 10. März. (Eigenbericht.) Ende Februar wurde ein höherer französischer Offizier ohne Paß und ohne Einreisebewilligung von zwei bayerischen „Patrioten“ im Automobil durch ganz Bayern geführt; schließlich hielt er sich in München einige Tage auf. Dieser Franzose ist die rechte Hand des französischen Generals Andlauer, der im Ruhrgebiet mit besonderer Geschäftigkeit die deutschen Generalschaften verfolgt. Die Verbindung der bayerischen Hochverräter mit diesen französischen Kreisen, die ausnehmend orientiert sind, besteht schon über zwei Jahre. Der Bundebruch war direkt zur Unterstützung der französischen Aktion im Ruhrgebiete geplant.

München, 10. März. (Wölk.) Zur Münchner Hochverratsaffäre wird amtlich mitgeteilt: Nach den bisherigen Erhebungen ist anzunehmen, daß wenigstens von dem Theaterdirektor Fuchs

und dem Kapellmeister Kochaus beabsichtigt worden war, die bayerische Regierung zu beiseitigen und an ihre Stelle einen Regentenschatzrat zu setzen, der den Übergang zu künftigen Monarchie vorbereiten sollte. Die Errichtung sollte aber nicht Selbstzweck sein, sondern nur ein Mittel zur Abwehr einer drohenden Bolschewikengefahr. Um sich angeblich für diesen Plan die wohlwollende Neutralität Frankreichs zu sichern, waren beide mit dem französischen Agenten Richert in Verbindung getreten, dessen Festnahme nicht gelungen ist. Alle Nachrichten über Waffenlieferungen an die Schwärzer sind falsch. Ebenso falsch sind die Mitteilungen über eine Beteiligung politischer oder in der Dessenität stehender bekannter Persönlichkeiten. Keine politische Partei würde etwas von dem Unternehmen.

Das Hilfswerk für die Kinder der Arbeitslosen.

Das Abgeordnetenhaus beschloß bekanntlich im Dezember vorigen Jahres, für die Durchführung eines Hilfswerkes für die bedürftigen Kinder der Arbeitslosen 15 Millionen Kronen zu widmen. Von diesen 15 Millionen gelangen acht Millionen durch das Ministerium für soziale Fürsorge, fünf Millionen durch das Volksernährungsministerium und zwei Millionen durch das Unterrichtsministerium zur Verwendung.

Das Ministerium für soziale Fürsorge regelte den Verbrauch des Geldes durch einen Erlaß, der 50 Prozent des Beitrages auf Böhmen, 25 Prozent auf Mähren und Schlesien und 25 Prozent auf die Slowakei und Karpathenland aufteilt. Nach diesem Erlaß werden die Jugendfürsorgeorganisationen mit der Durchführung der Aktion betraut, welche die Zuwendungen nur in Material, nicht in Bargeldern erhalten. Die Landes- und Bezirksorganisationen für Jugendfürsorge haben mit Hilfe der Schulen, Gemeinden und auch anderer geeigneter Organe ein Verzeichnis aller Kinder von Arbeitslosen und deren Bekleidungsbedürfnissen anzulegen und den Ausweis mit dem Antrag auf Bewilligung der erforderlichen Zuteilung dem Hilfskomitee in Prag vorzulegen. In der Verteilungskommission muß die politische Bezirksverwaltung und die Vertretung der Arbeiterorganisationen des betreffenden Bezirkes vertreten sein. Von den acht Millionen Kronen, welche dem Ministerium für soziale Fürsorge zur Verfügung stehen, hat dieses eine Million der Bekleidungsaktion für Kinder deutscher Arbeitsloser in Böhmen gewidmet und die Landeskommission für Kinder-schutz und Jugendfürsorge in Böhmen mit der Durchführung dieser Aktion betraut. Die Gelder der staatlichen Subvention sind zur Beschaffung von Bekleidungsgegenständen, Wäsche und Schuhen zu verwenden, Geldunterstützungen dürfen weder an die Kinder der Arbeitslosen, noch an diese selbst verteilt werden. Die Landeskommission wurde durch diesen Erlaß beauftragt, an ihrem Sitz in Reichenberg ein eigenes Komitee zu errichten, das aus den Vertretern aller Institutionen zu bestehen hat, welche sich mit der Jugendfürsorge befassen. Die Durchführung in den einzelnen Bezirken liegt dann den Bezirkskommissionen für Jugendfürsorge ob. Die Beträge der Bezirkskommissionen sind von den politischen Bezirksverwaltungen zu überprüfen. Außerdem ist in dem Erlaß ausdrücklich ausgesprochen, daß das Urteil der Arbeiterorganisationen in den Bezirken zu berücksichtigen ist, und daß darum diesen Einsicht in die Anträge gewährt werden muß. Die Landeskommission bewilligt dann aufgrund der ihr vorgelegten Gesuche und Anträge in Übereinstimmung mit dem Hilfskomitee die Zuteilung des angeforderten Bekleidungsmaterials auf Rechnung der Staatskasse. Die Zuteilung an die einzelnen Bezirke muß unter Berücksichtigung der Anzahl der Kinder Arbeitsloser so vorgenommen werden, daß eine möglichst gleichmäßige Bezirksverteilung stattfindet.

Das Ministerium für Schulwesen und Volksernährung führt im Rahmen der Bekleidungsaktion für bedürftige Kinder Arbeitsloser eine Aktion der Bekleidung bedürftiger Schulkinder durch. In einem Erlaß ersuchte das Ministerium um die Adressen jener deutschen Bezirks-jugendfürsorgen in Böhmen, Mähren und Schlesien, welchen insgesamt 10 „Kollektionen“ zuzuteilen wären. Eine solche Kollektion besteht aus 25 Wintermänteln und 75 Ärmeln für Knaben. (Die Bekleidung von Mädchen ist in diese Aktion nicht einbezogen.) Regelmäßig soll eine Bezirkskommission nur eine derartige Kollektion erhalten.

Das Ministerium für Volksernäh-rung ordnete eine Ernährungshilfe für die Kinder Arbeitsloser durch die Verabreichung nahrhafter Suppen in hiezu errichteten Verteilungsstationen an und schloß gleichzeitig innerhalb dieser Aktion eine Aushilfe in der Form von Lebensmitteln in Natura oder Geldpenden aus. Diese Aushilfsaktion konnte nach dem Berichte der Mitteilungen der „Jugendfürsorge“ von der „Deutschen Landeskommission für Kinder-schutz und Jugendfürsorge in Böhmen“ nicht durchgeführt werden, da das Ministerium für Volksernährung einen Bericht dieser Körperschaft bisher noch nicht erhalten hat. In diesem Berichte

wurde nämlich festgestellt, daß die Ernährungshilfe durch Ausspeisung der Kinder in Suppenküchen in den deutschen Gebieten Böhmens wenig Sympathien findet, da dadurch den Bedürfnissen der Kinder nach Abwechslung in der Verköstigung keine Rechnung getragen wird und eine gleichförmige Ernährung ohne Rücksicht auf die verschiedenen Altersklassen der Kinder vielfach Schaden anrichtet. Im übrigen seien der Durchführung dieser Ausspeisungsaktion namentlich in den gebirgigen Teilen Deutschböhmens bedeutende technische Schwierigkeiten im Wege.

Der Reichsverband für deutsche Jugendfürsorge hat zunächst festgestellt, welche einzelnen Beträge auf die drei deutschen Landeskommissionen in Böhmen, Mähren und Schlesien entfallen. Auf Böhmen entfallen eine Million Kronen vom Ministerium für soziale Fürsorge, 26 Garnituren zu je 100 Kleidungsstücken vom Unterrichtsministerium. Der Betrag von einer Million Kronen, der vom Ministerium für Volksernährung für Böhmen, Mähren und Schlesien zur Verfügung gestellt wurde, wurde folgendermaßen aufgeteilt: Böhmen 732.000 Kronen, Mähren 181.000 Kronen und Schlesien 81.000 Kronen. Die Bekleidungsaktion des Ministeriums für soziale Fürsorge und des Ministeriums für Schulwesen und Volksernährung wurden einheitlich zusammengefaßt. Auf die einzelnen Bezirke Böhmens entfallen von der Bekleidungsaktion für die deutschen Kinder folgende Bekleidungsstücke:

- Arnau 443, Aß 788, Aulka 50, Auzig 1204, Bergreichenstein 127, Benzen 366, Bilin 337, B.-Sam-nitz 574, B.-Leipa 238, Braunau 810, Brüx 322, B.-Schostein 147, Buchau 90, Budweis 90, Dauba 92, Deutsch-Babel 282, Dobruška 88, Dux 110, Duppau 59, Eger 674, Elbogen 815, Falkenau 339, Friedland 1201, Gablonz 1398, Górkau 158, Grassitz 831, Gratitz 343, Grulich 119, Gáiba 404, Gáipsnab 595, Hartmannitz 92, Hohenelbe 405, Hohenfurch 90, Hofbau 91, Jechwitz 59, Kaaden 275, Kapitz 204, Kalsching 61, Karlsitz 177, Karlsbad 721, Königshof 375, Königswitz 122, Komotau 816, Krasau 526, Krummou 134, Landstron 138, Leitmeritz 231, Lobositz 198, Luditz 79, Marchendorf 133, Mies 190, Marienbad 373, Neudel 414, Neumarzt 52, Neutzn 79, Neuhaus 79, Ne-mes 187, Neubitzitz 159, Nechlau 140, Pilschau 126, Pflaumberg 378, Plan 238, Platten 358, Podersom 88, Postelberg 83, Přebuz 127, Prácheň 132, Prag 80, Reichenberg 1463, Rochitz 109, Rokititz 169, Ronsberg 251, Rumburg 440, Saaz 321, St. Joh-annishof 331, Schaplar 57, Schludenu 276, Staab 62, Steden 61, Tachau 299, Tannwald 784, Tepl 90, Teplitz 1202, Teichau 1430, Trautenou 1396, Tusch-lau 88, Warnsdorf 754, Wöllern 90, Wefersitz 128, Wepřitz 60, Wefersdorf 200, Weipert 279, Wildstein 200, Winterberg 100, Zwiden 280.

Ein Teil der Bestellungen wurde an die Groß-einkaufsgesellschaft der Konsumvereine in Prag vergeben, für den restlichen Betrag von 554.250 Kronen wurde nach dem Urteile von Sachverständigen bei Privatfirmen Schuhe, Kleider und Wäsche bestellt. Die Sendungen gehen von den Firmen direkt an die Bezirkskommissionen und werden von diesen vorschriftsmäßig übernommen.

Das Haus der 100 Vernünftigen.

Von Joseph Roth (Berlin).

Im Sanatorium für Nerventränke, das mein Freund Dr. S. leitet, ein bekannter Jrenarzt, leben, meines Erachtens, in m e r Vernünftige. Die Patienten waren ja gar nicht „nerventant“ — diese Bezeichnung galt für die Verwandtschaft — sie waren nur irrsinnig. Sie zogen sich von der Welt zurück, angewidert von dem gesunden Menschenverstand, der sie damals regierte. Sie wußten eine kleine Schizophrenie, ein bißchen Paranoia, ein Quäntchen Größenwahn, eine harmlose dementia praecox, statt einer vorgeschriebenen staatsbürgerlichen Gestattung, eines Assessorberufs, einer Kadettenchule, einer Dozentur. Der Ausbruch des Weltkrieges gab ihnen recht. Draußen, im Felde, wenn ich Wachtposten stand, dachte ich neidvoll an jene Glücklichen, die eine Gehirnparalyse sorgsam beschützte vor der Gehirn-erweichung eines Pressequartiers oder vor dem Größenwahn eines Kaisers.

Von den 156 Patienten leben heute im Sa-natorium meines Freundes hundert — und alle sind geheilt. Alle sind vernünftig — nicht nur in jenem höheren Sinne, der die Normalität der Welt in Gänjesfischen setzt, sondern genau so

vernünftig, wie wir andern, die wir Assessoren sind, Dozenten, Staatsbürger — und in stände waren, wieder Wachtposten zu stehen, die Berichte eines Pressequartiers zu verfassen und zu lesen und einer Kriegskritik Bravo zu klatschen.

In der Heilanstalt lebt heute kein einziger Kranker mehr. Sie ist eine Art Pension für Ver-normale. Es gibt männliche und weibliche Patien-ten. Sie veranstalten Fünf-Uhr-Tees, sie tanzen Schiumy, sie haben ein Grammophon, sie spielen Klavier und sind, dank der vortrefflichen Kunst meines berühmten Freundes, wieder dieselben klugen Durchschnittsmenschen geworden, die sie vor ihrer Erkrankung gewesen. Sie lesen sogar Zeitung.

Ein Offizier, der im Kriege verschüttet war, arrangiert Skatouren und Modelpartien. Ein Maler, der in der Zeit seiner Krankheit geniale Ansätze zeigte, malt wieder talentlose Porträts; ein Musiker spielt jeden Tag im Kino, ist Mon-tag und Mittwoch frei und stellt seine Musikal-ität den Fünf-Uhr-Tees zur Verfügung; ein Stu-dent der Rechte ist wieder zu seiner angeborenen Dummheit gelangt und beweist sie, indem er sich für ein Examen vorbereitet. (Er wird es bestehen.) Und der Doktor S. hat nur die Obliegenheiten einer Pensionsmutter zu erfüllen; er kauft Eier und Butter und Milch, beauftragt eine Wirt-schafterin, schreibt ein Buch über die nicht mehr vorhandene Schizophrenie und wartet vergeblich auf einen Geisteskranken.

In Berlin ist keine mehr aufzutreiben. In den anderen Privatheilanstalten lebet noch ein paar uninteressante Fälle — und außerdem Ge-sunde, Normalgewordene. Wirklich Geistes-kranke sind nur noch in den öffentlichen Anstalten zu finden, in denen sich Gefunde nicht lange auf-halten dürfen und in die brutal vernünftige Welt so schnell als möglich zurückkehren müssen. In den privaten Sanatorien Berlins leben die Ge-heilten — aus Furcht vor der inzwischen gewaltig veränderten Welt, in der sich nur noch ein Ver-rückter auskennt. Ihre Furcht ist nicht mehr krankhaft, sondern eben sehr normal. Sie sind so vernünftig, daß sie nur im Irrenhaus leben können und nirgends sonst.

Das ist keine wichtige Erfindung, sondern eine statistisch nachzuweisende Tatsache: in den pri-vaten Irrenhäusern Berlins leben nur noch vier-zig Prozent Kranke, die andern sechzig sind gesund und können das Irrenhaus doch nicht ver-lassen. Grausam und groß ist die Stadt, in den Wohnungen leben Schulter an Schulter die rei-chen Ausländer, russische Emigranten füllen die Pensionen — wer nicht das „Mad“ hatte, vor ein-igen Jahren verriekt zu werden, wird es heute, wenn er zum Wohnungsmarkt kommt. Wer von den armen Ausländern vor 1914 nicht zufällig in Berlin gewohnt hat, bedarf einer Aufenthalt-berwilligung vom Fremdenamt, er wartet darauf vier, fünf und sechs Monate und darf während dieser Zeit keine Wohnung beziehen. (Die reichen Ausländer können ruhig warten, sie wohnen im Hotel.) Es ist nicht leicht, sein Brot zu verdienen, man ist auf Gelegenheitsverdienste angewiesen und auf Unterhaltungen wohlhabender Verwandten. Die Straßen sind des Nachts unsicher, der Passant, der dich höflich um Feuer für die Zigarette bittet, hält ein chloroformiertes Taschentuch für deine Nase bereit. Ein Mann, der hinter dir auf der Plattform steht, stößt dich während der rasenden Fahrt hinunter, weil er abspringen will. Im Verkehr von Café zu Café steigen die Affen, aus Vikarstuben werden Banken, über Nacht, mit der Aufschrift: Devisendeckel. Der Dollar tanzt Jazz-bands auf Himmelstleitern, Hände suchen durch die Luft und behindern den Straßenverkehr. Ber-liner krännen sich an den Straßeneden und die Gebreite, die sie dir fordern zeigen, sind eigent-lich Betriebskapital. Propheten durchziehen die Stadt und predigen einer verzweifeltsten Notte Krieg und Frieden. Menschen schlägt man aus Hakenkreuz, und die Gloden künden: Judas ist auferstanden! Gymnastiken fahren im Auto, direkt von der Einsegnungsfier zur Börse. Die Antike wird als klassisches Utensil verhandelt. Der Kutscher auf dem Bod liest den Kurszettel; in der Filmbranche schlägt man ägyptische Schlach-ten. In den Straßeneden, in der Nacht, tuscheln geheimnisvolle Männer dir in's Ohr von Nach-tängen — bis morgen früh. Die Welt ist irr-sinnig.

Wer wundert sich, daß man da im Irrenhaus bleiben muß und gerne bleibt? Unter vernünftigen Menschen, die keine Wohnungsnot kennen, zur gemeinsamen Wirtschaft beiseitern; friedlich leben — eine Gemeinschaft von normalen Dut-zen dmenschen, das heißt: Ausnahmemenschen?

Berlin ist groß und grau und grausam, der Irrensin spricht aus dem Asphalt, er lauert in den Winkeln, er wartet auf dich hinter der, hinter jener Ecke. Er glüht in den Augen des Nach-barn in der Straßendahn, er ist der Motor, der die Bahn treibt, die Maschinen, die Gebratoren, die Staubsauger, er regiert die Behörde, die Woh-nungsämter; er lenkt die Automobile, daß sie dich überfahren; er surret in den elektrischen Drähten, auf daß ihre Hochspannung dich treffe; er bewegt die Drehtür, umschauelt dich ins Jazzband tan-zende Lokal. Er sitzt am Spieltisch und dirigiert das Roulettepiel und richtet dich zugrunde.

Auf! flieh hinein in's Irrenhaus!

Genossen, leset und verbreitet die Arbeiterpresse.

Die Speisefarte des Armenischen.

Der berühmte Küchen-„Philosoph“ Brillat-Savarin hat die Küche als die älteste kulturelle Großtat der Menschheit gepriesen, weil erst mit der Entwicklung des Geschmacks die Grundlage für jede weitere Ausbildung der Sinne geschaffen sei. Zweifellos bedeutet die Entwicklung der Kochkunst einen wichtigen Fortschritt auf dem Wege des Armenischen zur Kultur, aber es ist schwierig, bei dem Dunkel, das noch immer über diese ferne Vorzeit gebreitet ist, die einzelnen Stufen zu erkennen, durch die die Menschen auf die uns bekannte erste Höhe gelangten. In anschaulicher Weise stellt nach den neuesten Forschungen Carl W. Neumann in seinem Buch „Wunder der Welt“ die Küche des Armenischen dar. Zunächst war der Mensch ein Allesfresser, der sich in seiner Nahrung durch nichts vom Tiere unterschied. Erst als es ihm gelang, das Feuer in seinen Dienst zu stellen, war auch die Vorbedingung für den Anfang der Kochkunst gegeben. Einfach genug mag der erste Herd gewesen sein, ein flackerndes Feuer auf offener Waldblöde oder schwelende Aschenglut in einer Erdvertiefung. Kein Kochtopf war vorhanden; das Fleisch wurde einfach ins Feuer gelegt oder in heißer Asche auf flachen durchglühten Steinen, vielleicht auch in erhitzten Erdgruben, langsam geröstet. Das sind Arten des Kochens, wie sie noch heute Naturvölker üben. Fröhlich aber kam man schon zu einer Bratmethode, die von innen heraus durch erhitzte Steine ausgeführt wurde. Auch ward allmählich das Brotbacken in der Urküche üblich. Zur selben Zeit, da der Armenische das Fleisch über dem Feuer brät, begann er auch allerlei Körner zu rösten und sie zwischen zwei Steinen zu mahlen, um sie, mit Wasser befeuchtet, in Form eines dicken Mehlbreies zu genießen. Solcher Mehlbrei ist in einzelnen alten Gefäßen gefunden worden. Die Frau aber hatte zunächst mit dem Backen und Braten wenig zu tun. Ihr Platz an der Herdstelle wurde erst frei, als der Kochtopf in Aufnahme kam, als Kochen und Sieden üblich wurden, als der Mensch vom nomadischen Jäger zum sesshaften Ackerbau überging. Der Kochtopf, heute noch Symbol der Kochkunst, ist das Endglied einer langen küchenrechtlichen Entwicklungsreihe, die zunächst wohl mit Tringgefäßen einsetzte. Im Tierhorn oder im Holzbecher weichte der Reintierfänger der Steinzeit die rohen Nahrungsmittel ein; er warf dann in die wassergefüllten Gefäße erhitzte Steine und erwärmte so das Wasser. Braute es gar schließlich um Sieden. Als aber erst das Sieden einmal gefunden war, da war nur noch ein kleiner Schritt vom Tierhorn und hohlen Kürbis zum feuerbeständigen Kochtopf aus Ton und Lehm.

Der brechende Kochtopf bedingt dann jene erste Blütezeit der Kochkunst, die wir noch aus den sogenannten Röhrenumwödingen, aus den an den dänischen Küsten gefundenen Abfallhaufen der älteren Steinzeit erkennen können. Aus diesen 50 bis 60 Meter breiten und ein bis drei Meter hohen Dämmen von allerlei Gerbricht hat man in mühsamer Arbeit eine sehr abwechslungsreiche Speisefarte des Armenischen festgestellt. Diese Steinzeit-Schlemmer hatten eine besondere Vorliebe für Kastern, Wiedmuscheln und Strand- schnecken, deren Schalen zu Millionen aufgehäuft sind. Dazwischen fand man die zahlreichen Reste von anderen Gänzen der Speisefarte, von Fischen, Vögeln und Säugetieren: Gräten vom Hering, vom Dorsch und vom Aal, Knochen vom Sing- schwan, von dem heut in Dänemark fehlenden Auerhahn, vom Hirsch, Reh und Wildschwein. Zeitener waren Wölfe und Füchse, Luchse und Bären vertreten, und nur vereinzelt tauchten Knochen von Ratten und Mäusen auf, die zeigten, daß der vorgebildete Mensch in Tagen der Not

auch mit schlechteren Gerichten vorlieb nehmen mußte. In vielen Fällen waren die Säugetier- knochen gespalten und des kostbaren Markinhaltes beraubt. Auch die Pflanzenwelt ist in dieser prä- historischen Speisefarte vertreten. Die Küche des Armenischen war also in dieser Epoche schon ziem- lich reichhaltig; er konnte bei einem Festmahl ein Hors d'oeuvre von Antern und Wiesmuscheln auftragen, dann gedöckerte Fische oder Auerhahn- braten folgen lassen und schließlich als Hauptgang ein saftiges Beefsteak vom Wisent oder Auer- schen darbieten.

Die Umsatzsteuer und die kleinen Landwirte.

Die Pauschalpächte für die Umsatzsteuer pro 1922 sind nun endgültig festgesetzt. Sie sind so wie im Vorjahre auf dem durchschnittlichen Katastralrein- ertrag aufgebaut und betragen:

Reinertrag pro 1 ha	Steuer pro 1 ha in K.	Reinertrag pro 1 ha	Steuer pro 1 ha in K.
bis 5 K.	2.70 K	bis 28	21.00 K
6	3.60	29	21.50
7	4.50	30	22.50
8	5.30	31	23.50
9	6.00	32	24.50
10	7.00	33	25.00
11	8.00	34	25.50
12	9.00	35	26.00
13	9.50	36	26.50
14	10.50	37	27.00
15	11.00	38	27.50
16	11.50	39	28.00
17	12.00	40	28.50
18	13.50	41	29.50
19	14.50	42	30.50
20	15.50	43-46	29.00
21	15.50	47-50	29.50
22	16.50	51-56	30.50
23	17.00	57-60	31.00
24	18.00	61-70	32.00
25	19.00	71-90	32.50
26	19.50	über 90	34.00
27	20.50		

Bruchteile bis 0.49 werden nach unten, über 0.49 nach oben abgerundet. (Beispiel: Reinertrag pro Hektar: 9.46 K wird abgerundet auf 9 K; Reinertrag von 9.50 K wird aufgerundet auf 10 K.)

Die Pauschalierung kann entweder nach dem durchschnittlichen Katastralreintrag der ganzen Gemein- de, oder nach dem Katastralreintrag der ein- zelnen Besitzer vorgenommen werden. Wenn die zweite Art der Pauschalierung vorgenommen werden soll, so müssen diese jene Besitzer, welche nach dem Reinertrag ihrer Wirtschaft pauschalieren wollen, längstens innerhalb acht Tagen nach Bekanntwerden des durchschnittlichen Katastralreintrages der Gemein- de der Steuerbehörde anzeigen. Wer diese An- zeige nicht erstattet, muß das Pauschal nach dem durchschnittlichen Reinertrag der Gemeinde bezahlen. Es ist zu erwarten, daß die Landwirte ver- suchen werden, die Kleinlandwirte zur Pauschalierung nach dem durchschnittlichen Katastralreintrag der Gemeinde zu bewegen. Nachdem die Großbauern fast durchwegs besseren Boden als die Kleinlandwirte haben, würde eine solche Art der Pauschalierung für letztere eine schwere Schädigung sein und empfehlen wir daher allen Kleinlandwirten, die individuelle Pauschalierung.

Im Umsatzsteuerpauschal sind nicht enthalten die Einnahmen aus Gärtnereien, Gemüse-, Wein-, Obst- und Gopfgärten, Wäldern, Teichen und gewerb- mäßig betriebene Lohnsubwerte. Die und da ge- machte Lohnfahrten sind im Pauschal schon enthalten. Bei Rotschlachtungen, bei denen das Fleisch unter den Mitgliedern ausgeschrotet wird, braucht

ein separates Einkommen nicht erfolgen. Sie sind schon im Pauschal inbegriffen. Uebernimmt ein Flei- scher das Schlachtereis, so muß er das Pauschal be- zahlen. Die auf dem Wert des Ausgedingtes entfal- lende Umsatzsteuer kann vom Pauschal abgezogen werden. Bei der Bewertung des Ausgedingtes sind folgende Werte anzunehmen: 100 Kilo Getreide ohne Unterschied der Gattung 140 K, 100 Kilo Kartoffeln 15 K, 1 Liter Milch 1 K, 1 Kilo Butter 24 K, 1 Kilo Schweinefleisch 12 K, 1 Huhn 10 K, 1 Gans 30 K, 1 Ei 30 h. (Beispiel: Eine Wirtschaft von sechs Hektar hat einen durchschnittlichen Katastralreintrag von 17 K pro Hektar. Das Umsatzsteuerpauschal be- trägt daher sechsmal 17 K = 102 K. Davon kommt nun das Pauschal von dem Ausgedingte in Abzug. Dieses beträgt:

200 Kilo zu 140 K	280.00 K
300 Kilo Kartoffeln zu 15 K	45.00
100 Liter Milch zu 1 K	100.00
3 Kilo Butter zu 24 K	72.00
40 Eier zu 30 h	32.00
zusammen	529.00 K

Das Pauschal von 5.29 K wird vom Gesamt- pauschale der Wirtschaft abgezogen 102 K weniger 5.29 K = 96.61 K reines Umsatzsteuerpauschal. Das Steuerpauschal ist an jenes Steueramt abzuführen, in dessen Sprengel die Grundstücke liegen. Wenn ein Landwirt Grundstücke hat, die in zwei verschie- denen Bezirken liegen, so hat er für die Bezirke A lie- genden Grundstücke das Pauschal beim Steueramt in A und für die im Bezirke B liegenden Grundstücke das Umsatzsteuerpauschal beim Steueramt in B ein- zuzahlen. Die Umsatzsteuer muß bis längstens 30. April l. J. bezahlt werden. Wer dies nicht tut, muß neben den 19prozentigen Verzugszinsen vom 1. Mai l. J. auch noch Steuerstrafe bezahlen.

Für solche Fälle, wo die Landwirte nicht pau- schalieren, sondern die Umsatzsteuer mit separatem Bekenntnis bekennen wollen, wurde der Wert des Eigenverbrauches in der Wirtschaft mit einem Be- trage von 2.50 bis 4 K pro Kopf und Tag festgesetzt. Die Steueradministratoren sollen im Wege eines internen Erlasses angewiesen werden, bei Ele- mentarschäden auch Nachlässe auf die Umsatzsteuer zu gewähren. Um diese Nachlässe muß entweder die Ge- meinde, oder der Landwirt selbst ansuchen.

Weitere Auskünfte erteilt der Zentralverband der deutschen Kleinbauern und Gärtner in der tsche- choslowakischen Republik, Teplic-Štěpánov, Seiter- straße 1/2. Derselbe stellt über Belangen auch die Muster für die eventuell erforderlichen Eingaben zur Verfügung.

Ballistik und Sozialpolitik.

Ein gefälschter Index.

Der kommunistische „Vorwärts“ im Dienste der Unternehmensekretäre.

Bei den verschiedenen Lohnverhandlungen bedienen sich gegenwärtig die Unternehmensekretäre des Reichsberger kommunistischen „Vorwärts“, Nr. 30 vom 13. Februar 1923. In dieser Nummer versuchte ein Vorwärtsstatistiker den Mindestbedarf für eine vierköpfige Arbeiterfami- lie pro Woche nachzuweisen und errechnet, daß die Lebenshaltung gegenüber dem Oktober 1921 um 38 Prozent gestiegen ist. Die Arbeitgeber- sekretäre pochen bei allen Lohnverhandlungen auf diese 38 Prozent, welche das kommunistische Blatt errechnet hat und verlangen von der Arbeit- schaft, daß sie ebenfalls eine Lohnherabsetzung gegenüber 1921 von 38 Prozent bewilligt. Wir haben nun diese Vorwärtsstatistik unter die Lupe genommen und dabei die überraschende Wahrneh- mung machen müssen, daß sowohl die Index- ziffer vom Oktober 1921 sowie auch die Index- ziffer vom Jänner 1923 falsch errechnet ist. Nach der Richtigstellung dieser Indexziffer stellt sich heraus, daß die Verbilligung nicht 38 Prozent,

sondern nur 25.8 Prozent beträgt, obwohl die- ser Index Artikel enthält, die in den Verbrauch einer Arbeiterfamilie gar nicht hineingehören. Bei der letzten Lohnverhandlung am 6. März in Reichenberg bediente sich Herr Dr. Ritter wieder dieser Indexziffer, worauf die Vertreter der Union der Textilarbeiter sich gegen den Vor- wärtsindex verwahrten. Als der kommunistische Sekretär Mai wegen dieses Index zur Verant- wortung gezogen wurde, erklärte er, daß die Vorwärtsredakteure unschuldig sind und daß man annehmen muß, daß ein Mensch, welcher einen Index zusammenstellt, doch auch die Fähigkeiten besitzen müßte, einen Index richtig zu errechnen. Er erklärte weiter, daß dieser Indexstatistiker des Vorwärts scheinbar überhaupt keine Ahnung von einem Index hat. Diese Äußerung des Herrn Mai bedeutet ein sehr schönes Kompliment für amerikanische Doktoren. Durch die Veröffentlichung dieser falschen Ziffern haben die verantwortlichen Vorwärtsredakteure der kämpfenden Arbeiterschaft einen sehr schlechten Dienst erwiesen, sie haben damit nur die Po- sitionen des Industriellenverbandes gestärkt und den Arbeitgebersekretären eine ausgezeichnete Be- gründung des Lohnabbaues geliefert. Ueber die Sozialdemokraten und Bonzen zu schimpfen und die Organisationen zu spalten, war natürlich leichter als eine Statistik vor der Veröffentlichung nachzuprüfen. Die Arbeiterschaft wird sich eine solche Unterfütterung der kommunistischen Vor- wärtsredaktion in ihrem Lohnkampfe für alle Zu- kunft merken.

Die sozialdemokratische Partei für die Holz- hauer und Kleinpächter.

Der tschechoslowakische Staat beginnt, wie bereits bekannt, mit der Verstaatlichung der Wälder. Nun liegen in den betreffenden Wäldern Ortschaften, welche aus- schließlich von Holzarbeitern und Kleinpächtern bewohnt sind. Diese Leute sind fast zur Gänze auf Verdienst und Arbeit in diesen Wäldern an- gewiesen und hatten von jeher auch kleine Grund- stücke vom Großgrundbesitzer in Pacht. Besonders zahlreich sind diese Holzarbeiterfamilien im Grenzwaldbetriebe Eisenstein. Das Bodenamt hat bereits den größten Teil der Wälder über- nommen. Die Holzarbeiter suchten seinerzeit nach dem Gesetze im Jahre 1919 Zahl 218 (Zi- cherung des Bodens für Kleinpächter), um diese Grundstücke an. Das Bodenamt hat jedoch das gerichtliche Verfahren bezüglich der Aufrechter- tung des Eigentums der betreffenden Grundstücke an die Kleinpächter eingestellt. In einem Teil dieser Kleinpächter wurde sogar bereits gerichtlich ge- schiedet. Die dortigen Waldarbeiter befanden sich in der größten Aufregung und befruchteten, daß einer nach dem anderen aus dem Gebiete verdrängt wird. In ihrer Not wandten sich die- selben an den Klub der Abgeordneten der tsche- schen sozialdemokratischen Arbeiterpartei, welcher sich mit dem Zentralverband der deutschen Klein- bauern und Gärtner ins Einvernehmen setzte und den Abgeordneten Leibl beauftragte, in dieser Angelegenheit beim Bodenamt zu intervenieren. Gleichzeitig wurde eine Eingabe an das Boden- amt gerichtet, deren Inhalt bereits im „Sozial- demokraten“ und im „Meinen Landwirt“ ver- öffentlicht wurde. Nach mehreren schwierigen Verhandlungen sind endlich die Rechte der Klein- pächter gesichert worden. Das Bodenamt setzte eine Kommission ein, welche den Auftrag erhielt, im Sinne der Vorschläge des Klubs zu handeln. Es wurde vereinbart, daß allen Kleinpächtern ihre langjährig gepachteten Grundstücke zugespro- chen werden. Nur dort, wo Enklaven entstehen, werden demjenigen Pächter andere Grundstücke von gleicher Bonität als Ersatzgrundstücke zuge- wiesen. Ueberhaupt, erklärte das Bodenamt, daß es in jeder Weise der dortigen Bevölkerung ent- gegenkommen wolle. Denjenigen Pächtern,

Der Held im Schatten.

Roman von Karl Bröger. (22)

„Wollen wir erst einen heben gehn, Kamerad! Hast du Draht?“
 „Voll Pfennige waren die Barschaft Ernst Löh- ners, siebzehn Pfennig das Bestium Schallhofs. „Nimmer her damit, Freundschen! Zweimal können wir doch die Glocke ziehn... Du magst keinen Schnaps? ... Ja, ja, ihr jungen Leut! ... Ich hab' auch mal Milch lieber getrunken. Das ist aber schon fünfzig Jahre her... Was willst du sagen, Mensch? Neunzehn Jahr sollt ich noch mal alt sein und wissen, was ich jetzt weiß... Ich bin halt vierundfünfzig gewesen, könnt' dein Großvater sein... Wenn ich Schnaps trink, tanst du's auch. Also los!“
 Ekelhaft säuerlicher Dunst schlug Ernst aus dem niedrigen Laden entgegen. Die zweifelhafte saubere Regale rasch überfliegend, las er die Aufschriften: Mehl, Grieß, Kaffee, Zucker; ein Petroleumaufschlag grünte aus der Ecke, braune Dö- nten hingen auf dem Ladentisch, der mit grünen, gelben, roten Gläsern bestückt war, darin die ver- schiedenen Flüssigkeiten leuchteten. Drei Män- ner und ein schwammiges Frauenzimmer grölhten ausgelassen.
 Schallhof tippte auf die grüne Flüssigkeit, zwinkerte mit den Augen, als er das Gläschen aufsehte und goß den Fusel glücklich hinunter. Den struppigen Bart wischend, stieß er Ernst in die Seite.
 „Na also, Kamerad! Die Augen zu und das Maul auf! Er beißt nicht... Wollte Gott, ich könnte alle Tage so ein feines Schnäpchen he- ben... Die feinsten Leut' machen das... Be- sonders, wenn sie fett gegessen haben. Jetzt einen Schweinebraten, recht saftig mit brauner Kruste. Das gib's mein Lieber, wirklich und wahrhaftig,

das gib's... Nur haben wir kein Geld da- zu... Die Geld haben, wissen schon, wo es zu kriegen ist... Hätten wir das Geld, könnten wir's auch essen. So essen es andere... Das ist nun mal so in der Welt: die einen fressen sich voll, die anderen wischen das Maul ab... Ja, ja!“
 Schallhof wadette tiefstimmig mit dem Kopf, als bewundere er die weiße Weltordnung, hocht auf ein umgestülptes Faß hin und zog Ernst neben sich auf einen Stapel Kleinholz.
 „Du mußt nämlich wissen, ich bin Buchbin- der... O, ich hab' dir die Apolstelein geklopft, und die vier großen und sechzehn kleinen Prophe- ten in Schweinsleder gebunden, daß es ein Staat war... Ich hab' schöne Stellen gehabt und Geld verdient... Daß der Mensch nicht jünger wird... Das ist dumm eingerichtet... Die Knochen geben nach und dann wollen sie nichts mehr von dir wissen... Sechsz Jahr laust ich nach Arbeit hört aber so ein Krantzer, daß ich über fünfzig bin, dann ist es auch schon aus. Was bleibt einem Menschen da übrig? Man pußt die Klungen, scharft sich die paar Kröten für Schnaps zusammen und wartet ab, wie lang das Gefrett noch dauert... War' ich bloß noch mal Zwan- zig alt...“
 Das einfache Schicksal dieses alt und schwach gewordenen Arbeiters rührte Ernst nicht sonder- lich. Was ging ihn das an? Er würde nicht so unter die Räder kommen. Dafür sollte schon ge- sorgt werden. „Du hast auch keinen Draht mehr, Kamerad? ... Dann ist ausgeläutet. Wir müs- sen auch losgehen, wenn wir noch einen Plaz erwischen wollen...“
 Der weinerliche Ton Schallhofs erregte Ernst die Galle. Was gab es denn zu winseln? Man schlief heute Nacht im Asyl. Schön! Morgen schlief man vielleicht wieder im Bett. Als wäre das nicht ganz gleichgültig. Die Schultern auf- gezogen und die Hände in den löcherigen Taschen

vergraben, trabten Schallhof und Ernst aus der Stadt. Das Asyl lag in der westlichen Vorstadt, im Flußgrund. Die spärlichen Laternen wiesen einen Weg nach dem verfallenen Winkel, wo das frostig ausschende Gebäude rückwärts der Straße lag.
 „Aha, der Herr Schallhof! Sie geben uns auch wieder die Gäre?“ Raum durch die Tür ge- gangen, wurde der Begleiter vom Hausvater also spöttisch begrüßt, einem riesigen Polizeimensch, der übellaunig sein Buch zuschlug.
 „Ben haben Sie denn da mitgebracht? ... Hast du Papiere, mein Sohn? ... Gib mal her... Neunzehn Jahre alt und schon arbeitsscheu! ... Scheinest ein nettes Fräulein...“
 Ernst trat einen Schritt näher. Sein Gesicht war ganz unbewegt, nur die Augen flammten.
 „Was kümmerst das Sie? Ich bin obdachlos, sonst war' ich wahrscheinlich nicht da. Haben wir übrigens schon Säue getrieben, weil Sie mich duzen?“
 Die um den Hausvater versammelten Asyl- brüder glockten groß. Einige nickten, andere tus- chelten, alle sahen dem Verwalter schadenfroh ins feiste Antlitz, das sich vor Wut verfärbte. Der Mann stand in seiner vollen Länge auf und pflanzte sich breitbeinig vor der vergnügten Ge- sellschaft auf.
 „Nachen könnte ihr also noch? Das soll euch ausgetrieben werden. Dem Grünshubel da be- sonders... Und jetzt marsch, hinein!“
 Ein hoher, viereckiger Raum schluckte die Leute. Die geweihte Decke lastete auf kalten Wän- den; an der Seite lief ein meterhoher Holzbau bis etwa in die Mitte des Raumes. Die schräg erhöhte Kopfleiste stellte das Bett vor. Darauf stürzte alles hin. Schallhof zog Ernst am Rock- schopf mit.
 „Weißt du, Kamerad, in der Mitte ist es am besten. Da ist man von der Wand genügend weit weg. Die Wände sind verflucht kalt hier...“

Nur keine Bescheidenheit hier, Kamerad, sonst bist du verflucht!“
 Ernst stieß die Nächsten zur Seite, ohne sich um das Murren zu scheren und legte sich neben Schallhof nieder. Der hatte den Rock ausgezo- gen, sorgfältig gefaltet, und schob dieses Bündel eben unter den Kopf. Dann probte er diesen Kopfsack sachverständig aus und grunzte wohl- wollend, als Ernst alles getreulich nachahmte.
 Im Raum flackerte spärliches Zwielficht. Es kam von einer in Drahtglas verwahrten Gas- laterne, die auf dem Gang hing. Das grelle Licht grenzte sich scharf an der Decke ab und ließ die Ecken im Halbschatten.
 Die Gesichter steckten in Dunkelheit wie in einer schwarzen Larve. Keiner sah des ande- ren Züge, nur an den Stimmen konnte sich Fre- und und Feind. Ein grauenvoller Geruch dünn- te durch den Raum, ein Duft, wie ihn nur Blüten des Glends hauchen. Die heiseren, nichtigen Stimmen schwirrten aufgeregelt von Winkel zu Winkel. Eine rauschende Sperlingsrotte schippte und lärnte durcheinander. Abgerissene, rauhe der Unterhaltungen klafften um Ernst Löhners Ohren. Von Bettelgängen war meist die Rede, von Arbeitsaufträgen und Polizeihetzen, vom wilden, erbarmungslosen Kampf um die geringste Notdurft eines unmenschlichen Lebens. In einer Ecke klangen abgepöhlte Stimmen auf, leise und pröbelnd erst, dann sicher und klar. Ein über- lich tränenreiches Lied von Alpenhöflichkeit und Bergluft, von Mädchenliebe und Burfschneuz... Die Gespräche erstarben. Alle lauschten, die hän- genden Häupter in die Hand gestützt. Durch die Seelen der Glenden wehte ein Traum ferner Schönheit. Hohe Berggipfel, märchenhaft frostig und in reinem Firnenlicht, schauten über die kalten Wände des Asyls. „Dort, wo die Glocken klingen hell, liegt du im Tal, mein Bayernjüngel!“
 (Fortsetzung folgt.)

welche eventuell die Grundstücke nicht ins Eigentum erwerben wollen, wird ein fünfzehnjähriger Pacht zugesprochen. Nach Ablauf dieser Frist erstreckt sich das Vorkaufrecht auf den Pacht zu erneuern. Mit den günstigsten Pächtern wird ebenfalls eine zufriedenstellende Vereinbarung getroffen. Durch das Eingreifen der sozialdemokratischen Partei ist es nun gelungen, den Holzarbeitern und Kleinpächtern ihre Rechte zu sichern. Das wird aber trotzdem die andern Parteien, insbesondere die Landbündler, nicht hindern, zu erklären, daß die Sozialdemokraten es auf die Vernichtung der kleinen Landwirte abgesehen haben. Bemerkenswert ist noch, daß durch die Hebereien der nationalsozialistischen Parteien diese Aktion der Kleinpächter beinahe gescheitert wäre. Die Herrschaften machen es sich bequem. Sie veranstalten öffentliche Versammlungen, führen große Worte im Munde, versehen die Bevölkerung und überlassen sie dann ihrem Schicksal. Den Holzarbeitern, Kleinpächtern und Häuslern überlassen wir es nun zu prüfen, welche Partei für ihre Interessen eintritt.

Die nordböhmischen Bauunternehmer im Bunde mit den Kommunisten. Nichts gelernt und nichts vergessen scheinen die nordböhmischen Bauunternehmer zu haben. Mit den Methoden, durch welche die Unternehmer die deutschgebelten Streikbrecherorganisationen vor Jahren als Kapitalistenschuttruppe großzudübeln versuchten, wollen die nordböhmischen Baumeister den kommunistischen Gewerkschaftsorganisationen Zuhälterdienste leisten. Die Unternehmer wissen ganz genau, daß sie sich keine besseren Schützer ihrer Interessen wünschen können, als die Kommunisten. Die Frechheit und der Übermut, mit welchem die Unternehmer daran gehen, den Arbeitern die erkämpften Errungenschaften streitig zu machen, ist im wesentlichen auf die Wühl- und Zerstörungsarbeit der Kommunisten zurückzuführen. Die deutschen Baumeister Nordböhmens, die vom tschechisch-kommunistischen Bauarbeiterverband in Prag eine ganz unerwartete Lohnherabsetzung geradezu in den Schoß geworfen erhielten, wollen sich dankbar erweisen. Nachdem es dem Kommunisten Karl Tesnák und seinen Agenten nicht gelang, die festgesetzte Organisation des deutschen Bauarbeiterverbandes zu zerstören, nachdem weder Demagogie, Verleumdung, noch Lüge und Trug vermochten, die Bauarbeiter Nordböhmens in die Reihen der Kommunisten zu treiben, soll es jetzt mit Terror und Erpressung versucht werden. Der Arbeitgeberbund für das nordböhmische Baugewerbe in Reichenberg, an dessen Spitze der Generalsekretär Bauer steht, versucht sich in Zuhälter- und Zutreiberdiensten. Der Vorstand dieser Organisation ist aus „mit“ deutschgesinnten Männern zusammengestellt. Wer kennt nicht die Herren Baumeister Scheinpfug, Reiser, Sadler, Schubert, Erlebach, Lichtner, Köhler und wie sie alle heißen mögen, die sich aus allen deutschen Städten in diesem Vorstand zusammenschließen. Es sind dies Herren, die in jedem nationalen Schutz- und Trutzwort zu finden sind, die durch Zurschauftragung von Hakenkreuz und anderen ähnlichen Symbolen ihre Abneigung und ihren Haß gegen die Tschechen dokumentieren, die sich aber trotzdem mit einem tschechisch-kommunistischen Verband verbinden, um den deutschen und tschechischen Bauarbeitern, soweit sie nicht Kommunisten sind, den Fuß auf den Nacken zu setzen. Wer nicht Kommunist ist, soll arbeits- und brotlos bleiben, soll dadurch mißgedacht werden, soll durch Entbehrung und Not, durch den Zwang des Selbsthaltungstriebes genötigt werden, auf die Bibel Mostaus zu schwören. Die Baumeister brauchen den kommunistischen Zentralverband der Bauarbeiter, weil sich dieser als verlässlicher Schützer der Unternehmerinteressen bewährt hat. Deshalb sollen dieser Organisation mit Gewalt Mitglieder zugeworben werden. Vorderrand nur in Aussicht, die anderen Orte dürften wohl bald nachfolgen, erklären die Unternehmer, nur Zentralverbänder einzustellen, die Firma Hertl und Glaser hat dazu ihrem Polier Philipp offiziell den Auftrag erteilt. Dasselbe dürfte auch bei den anderen Firmen erfolgt sein. Mit anderen Worten, jene Bauarbeiter, die ihre Ueberzeugung nicht preisgeben, sollen durch Hunger und Elend gezwungen werden, dem kommunistischen Verband beizutreten. Es sind dies zwar sehr veraltete Methoden, die wohl vorübergehend den Unternehmern Vorteile bringen, aber bisher stets verfohlen und auch in alle Zukunft ergebnislos bleiben werden. Die Herren Baumeister scheinen zu glauben, daß das, was mit den deutschgebelten Streikbrecherorganisationen nicht gelang, mit Hilfe der Kommunisten in Erfüllung gehen werde. Hakenkreuzler und Kommunisten werden sich täuschen. Die Bauarbeiter lassen sich weder von den Einen, noch den Andern zu willen- und gedankenlosen Sklaven, zum willkürlichen und ohnmächtigen Ausbeutungsobjekt machen. Es wird dafür gekämpft werden, daß dieser Gewalt und Erpressung, diesem Terror sehr bald ein Ende gemacht wird. Ein Treppenhieb der Geschichte ist es, wenn so offensichtlich zutage tritt, daß die Kommunisten die Rolle der deutschgebelten Streikbrecherorganisationen einnehmen. Die Kommunisten haben sich bisher durch ihre Spaltungstaktik und Zerstörungsarbeit immer im Sinne der Deutschgebelten betätigt. Von den deutschen Baumeistern wird nun ein kommunistischer Verband auf's Neue gebildet, betreut und beschützt, weil er sich als ein so verlässlicher und guter Bundesbruder erwiesen hat. Die Hakenkreuzler als Zuhälter für den Sowjetstern, ein Schauspiel für Götter!

Der französische Nüstungsimperialismus in der Tschechoslowakei. Der Aktienturs der in der Tschechoslowakei befindlichen Berg- und Hüttenwerksgesellschaft ist im Steigen begriffen. Nicht

interessant sind die Mitteilungen des in Wien erscheinenden Blattes „Die Borse“ über diese Unternehmung. Es heißt dort: „Die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft steht bekanntlich unter französischem Einfluß, einer ihrer Großaktionäre ist Schneider-Creuzot, der auch die imperialistische Politik in Frankreich entscheidend mitbestimmt. Wie es scheint, will das interessierte französische Kapital den Machtbereich der Berg- und Hüttenwerksgesellschaft immer mehr erweitern, da auch sie scheinbar dazu ansetzen ist, eine bedeutende Rolle auf dem politischen Schachbrett zu spielen. Es fällt auf, daß gerade die Berg- u. Hüttenwerksgesellschaft sich mit großer Bestimmtheit um die Erlangung jener Kartellquoten bemüht, die von stillgelegten Betrieben abgegeben werden. So hat sie die Kartellquote der Union Blech, der Hernadaltaler und der tschechoslowakischen Rabelfabrik erworben und ist auch mit dem gleichen Antrage, allerdings vergeblich, an die Coburgwerke heranzutreten. Man erzählt sich ferner, daß die Berg- und Hüttenwerksgesellschaft zur Ausbeutung ihrer polnischen Beteiligung streben will.“ Indessen kauft Stinnes, der deutsche Gegenpartei Schneider-Creuzots, wie man hört, schwerindustrielle Aktien in Oesterreich, Ungarn und anderen Staaten Mittel- und Osteuropas. So wird der große Monopolkonzern vorbereitet, ein riesiges Waffenslager, das unter Umständen den Frieden der Welt ständig bedrohen kann.

Betriebsausschüsse im Bankgewerbe. Von Verbands- der Bank- und Sparkassenbeamten in der tschechoslowakischen Republik wird uns mitgeteilt: Im Jänner d. J. ergab sich bereits beim Abschluß des mit dem Bankenverband vereinbarten Kollektivvertrages Gelegenheit, auf die Bestimmungen nach Einführung der Betriebsausschüsse hinzuweisen. Da unterdessen in einzelnen Tagesblättern und auch in der Oeffentlichkeit Nachrichten auftauchten, die eine Ergänzung bezw. Nichtigstellung bedürfen, sieht sich unser Verband zu folgenden Mitteilungen veranlaßt. Betriebsausschüsse werden vorläufig nur in den Großbanken, darunter auch in den nichtartikellierten Instituten verlangt. Die Aktion hat mit den zeitlich zusammenfallenden Vertragsverhandlungen über Gehaltsfragen keinen Zusammenhang. Dergleichen bleibt auch die im Sommer 1921 vom Bankenverband herausgegebene Dienstpragmatik in Geltung, die übrigens im Paragraph 29 die Errichtung der Personalkommissionen zeitlich bis zur gesetzlichen Regelung (Einführung der Betriebsausschüsse) einschränkt. Die Forderung nach Betriebsausschüssen wurde in einer Ende des Vorjahres abgehaltenen Plenarversammlung aller Personalkommissionen der Beamtenschaft einstimmig beschlossen, weil sich in den Banken Verhältnisse entwickeln, die die Einführung der Betriebsausschüsse notwendig machen. Ueber Veranlassung des Bankenverbandes lehnten die Banken die im Dezember des Vorjahres in allen Instituten von den Personalkommissionen erhobene Forderung ab, wobei auf die Stillierung des Paragraph 1 des Gesetzes verwiesen wurde, der von einer „Erzeugung“ spricht. Der Fall gelangte sodann an den Musterbeispielen der Unionbank und Industrialbank vor die gesetzliche Prozedur Schiedskommission, die einstimmig entschied, daß in den Großbanken alle Voraussetzungen für die Errichtung der Betriebsausschüsse gemäß Paragraph 1 des Gesetzes gegeben sind. Gegen dieses Erkenntnis überreichten die beiden Banken die Beschwerde an das Oberste Verwaltungsgericht, indem sie gleichzeitig bei der Prager Schiedskommission beantragten, daß diese ihrer ersten Entscheidung aufschiebende Wirkung zuerkennen möge. Dieses Verlangen wurde von der Schiedskommission abgelehnt. Trotz dieser Rechtslage weigern sich die Banken auch nunmehr die Zustimmung zur Errichtung der Betriebsausschüsse zu geben. Mittlerweise ist das Verfahren vor dem Obersten Verwaltungsgericht soweit gediehen, daß die Verhandlung am 27. März l. J. stattfindet. Interessant ist, daß sich die Banken gegenüber den Betriebsausschüssen nicht immer ablehnend verhielten. Dies beweist nicht nur der erwähnte Paragraph 29 der Pragmatik, sondern auch der Beschluß des Referativkomites des Bankenverbandes vom 25. Jänner 1922, also zu einer Zeit, als das Gesetz und die Durchführungsverordnung längst erschienen waren, der den Banken mit Zirkular Nr. 60 1922 mitgeteilt wurde und in welchem die Banken darauf aufmerksam gemacht werden, daß gemäß Paragraph 29 der Dienstpragmatik die Vertretung der Beamtenschaft durch die Personalkommissionen erfolgt, bezw. durch die Betriebsausschüsse, die im Sinne des Gesetzes vom 12. August 1921, Sammlung 330 (Betriebsauschüsse) an deren Stelle treten.

Der Banknotenumlauf in der Tschechoslowakei. Nach dem Bericht des Bankamtes des Finanzministeriums vom 7. März betrug der Banknotenumlauf 8788.333.000 Kronen, das ist um 159.655.000 Kronen weniger als zu Anfang des Monats. Der Vorkaufvorrat des Bankamtes beträgt 474.725.000 Kronen, das ist um 15.885.000 Kronen mehr.

Der Jugendchutz der Welt. Der Internationale Gewerkschaftsbund in Amsterdam hat mit der Veröffentlichung einer Schriftenreihe über verschiedene Probleme der Sozialpolitik und der Arbeiterbewegung begonnen. Best drei behandeln in sorgfältiger und ausführlicher Darstellung den Stand des internationalen Jugendchutzes. Eine graphische Darstellung im Anhang veranschaulicht den Stand der Gesetzgebung für die einzelnen Länder. Die Gesetzgebung des Roten Rußlands ist am sorgfältigsten. Hier ist die Arbeitszeit der Jugendlichen bis zu 16 Jahren auf höchstens 6 Stunden pro Tag beschränkt. Ob dieser Ju-

gendenschutz tatsächlich durchgeführt wird, ist eine andere Frage. Mit schwarzer Farbe sind auf den Tafeln die zurückgebliebenen Länder dargestellt: Italien, wo die Arbeitszeit der Jugendlichen nur bis zum 12. Lebensjahr beschränkt ist, und zwar auf 8½—11 Stunden am Tag! Schwarz sind ferner bezeichnet Spanien, Ungarn und die Türkei, wo die Kinder nur bis zu ihrem zehnten Lebensjahr gesetzlichen Schutz genießen. In Ungarn ist die Arbeitszeit der Kinder auf höchstens 10 Stunden, in Spanien auf 8—8½ Stunden beschränkt. Rückständig sind ferner die Gesetze zum Schutz der Jugendlichen in Rumänien, Portugal, Griechenland und Dänemark, entweder in bezug auf das Schulalter oder auf die Arbeitszeit oder auf beides. In den meisten Ländern wird die Schutzgrenze mit 14 Jahren angegeben und die Arbeitszeit auf 8—8½ Stunden beschränkt. In England ist die Arbeitszeit der Jugendlichen überhaupt nicht geregelt. Dort sind nur bezüglich der Nachtarbeit und für gewisse Beschäftigungen Verbote erlassen. Dem Lehrlings- und Bildungswesen sind in der Publikation besondere Kapitel gewidmet.

Rückgang im Schiffbau. Die Wirtschaftskrise, die den Weltmarkt stoßen läßt, hat auch im Jahre 1922 auf den Schiffbau gedrückt. Die Gesamttonnage der neuerbauten Handelsschiffe beträgt nach den Angaben des Lloyd-Registers 2.567.000 Tonnen, während im Jahre der Hochkonjunktur, 1919, ein Schiffraum von 7.144.000 Tonnen hergestellt wurde und noch im Jahre 1921 4.341.000 Tonnen gebaut wurden. Die Abnahme des Schiffbaues gegenüber dem Vorjahre hat sich besonders stark in den Vereinigten Staaten (Abnahme 887.000 Tonnen), England (Abnahme 507.000) und Japan (Abnahme 144.000) fühlbar gemacht; aber auch die übrigen Länder haben einen Rückgang des Schiffbaues zu verzeichnen mit der einzigen Ausnahme Deutschlands, daß an der Ausfüllung der durch den Friedensvertrag von Versailles erlittenen Brechen energisch gearbeitet hat.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone wert ist in:

München	Schw. Kronen	15,95,00
Berlin	Mark 620,00
Wien	Scherr. Kr. 2125

Züricher Schlusskurse.

	Gold	Ware
Paris	32,20/00	32,20/00
London	25,20/50	25,22/00
Berlin	0,025/05	0,028/00
Wienland	25,50/00	25,60/00
Holland	211/80	212/30
Wien	0,0074/00	0,0075/00
Industrie	0,17/00	0,18/00
Prag	15,90/00	16,00
New York	5,85/00	5,90/00
Belgrad	5,60/00	5,70/00
Warschau	0,0112	0,0117
Wien gez.	0,00/00	0,00/00

Kleine Chronik.

Wunder der Elektrotechnik. Die Vollendung der modernen Elektrotechnik hat es ermöglicht, daß man heute, besonders in Deutschland, Röntgen-Apparate baut, mittels deren man bereits Metalle, wie Eisen, Stahl u. a., ebenso Porzellan und ähnliche, bezw. verwandte Körper, die früher für die X-Strahlen undurchgängig waren, glatt durchleuchtet. So hat die Porzellanfabrik Freiburg vor kurzem eine Röntgen-Anlage bekommen, die es ermöglicht, eine effektive Wechselspannung von einer Million Volt zu erzielen, eine Spannung, die alles bisher Bekannte übertrifft. Diese ungeheure Wechselspannung liefert Funken-Überschläge von zweieinhalb Meter Länge, die der ganzen elektrotechnischen Welt bisher noch unbekannt waren, da man bisher mit höchstens 1—200.000 Volt Spannung und mit einer Funkenlänge von 50 bis 60 Zentimeter zu arbeiten gewohnt war. Und dabei ist man noch nicht an der Grenze des Möglichen angelangt, sondern ist bereits dabei, eine Anlage zu bauen mit einer Spannung von zwei Millionen Volt und fünf Metern Funken-Entladung. Doch dienen derartige starke Apparate nur den Zwecken der Technik, speziell der Materialprüfung.

25.000 Jahre alte Zypressen. In Washington wurden kürzlich tiefe Ausgrabungen vorgenommen, um einen großen Hotelneubau zu errichten. Dabei trafen die Erdarbeiter auf Holzstämme, und zwar Stücke von großer Härte und offenbar hohem Alter, die jedoch weder moßig geworden, noch versteinert waren. Wissenschaftliche Feststellungen haben, wie die „Polizei“ (Berlin) mitteilt, ergeben, daß es sich dabei um die Ueberreste eines Zypressenwaldes handelt, der mindestens 16.000 Jahre vor der geschichtlichen Zeit in der Erde gelegen hat, und daß die Stämme selbst bis zu tausend Jahre alt waren. Es handelt sich also um Holz, das rund 25 Jahrtausende zu überdauern vermochte. Die Stämme sollen bis acht Meter Durchmesser gehabt haben und sind leicht als Zypressenholz zu erkennen, da zum Teil sogar die Rinde noch erhalten ist. Das Holz ist vollkommen mit Wasser vollgesogen, läßt sich aber noch gut sägen und spalten. Die amerikanische Holzindustrie hat natürlich an diesem Fund das größte Interesse, weil er die außerordentliche Haltbarkeit gewisser Holzarten darzut, für die z. B. in den Ausgrabungen von Pompeji und dem berühmten norwegischen Wälsinger-Schiff schon früher wertvolle Beweismittel vorlagen.

Wieder Privatverlag in Sowjet-Rußland. Die allmähliche Rückkehr der freien Wirtschaft in Rußland hat zur Folge gehabt, daß seit einiger Zeit neben den Staatsverlagen auch wieder Privatverlage zugelassen sind; allerdings bei ziemlich ein-

genden Bestimmungen. Eine Verordnung des Rates der Volkskommissare befiehlt, daß ein Prozent der Auflage im Verlag als Naturalabgabe an den Staat abgeliefert werden. Der Staatsverlag muß auch in jedem Falle die Einfuhr von Büchern, Bildern und anderen Druckerzeugnissen aus dem Auslande bewilligen. Bücher, die im Auslande in russischer Sprache gedruckt werden, haben dabei einen Goldrubel für das kilo als Zoll.

Gerichtssaal.

Potschenmacher und Bäuerin.

Prag, 10. März. Wenzel Duchoš 1 a w, 53 Jahre alt, ist Potschenmacher und betreibt seit Menschen-gedenken sein Handwerk in der kleinen Gemeinde Neu-Sebliq. Jedes Kind kennt dort den rüstigen Alten, der immer drei Tage in seiner Keusche vergraben bleibt und emsig Potschen verfertigt, die er während der übrigen Tage der Woche in den Dörfern der Umgebung absetzt. „Der Potschenmacher ist da!“ rufen die Schulkinder dann in Dlouhá, Sedimov, Kofortin und wie sie alle heißen mögen, die kleinen Ansiedlungen in der Nähe von Neu-Sebliq, wenn der „Potschen-Wenzel“ auf der Landstraße daherkommt und seine Ware anpreist. Und die Kinder tanzen um den Alten herum und freuen sich, wenn er ihnen eine Geschichte erzählt, und er lacht und freut sich auch, denn er weiß, daß er leichter etwas absetzen kann, wenn beim Feilschen und Handeln mit irgendeiner Bäuerin deren Kinder als Bundesgenossen an seiner Seite hat.

Er kommt viel herum, der alte Potschenmacher, kennt alle Leute und weiß um ihre Verhältnisse. Was Wunder, wenn er, der trotz seiner 53 Jahre noch mächtig pulsendes Blut in seinen Adern fühlt, bei mancher Bäuerin länger verweilt, als gerade notwendig, wenn er ein Verhältnis anknüpft, das zwei Jahre andauert. Nach zwei Jahren hatte ihn jedoch die Witwe Aloša Klusna satt bekommen und wollte von ihm nichts mehr wissen. Er bat und beschwor sie, schrieb ihr Briefe, erklärte ihr, daß er ohne ihr nicht leben könne. Doch alles umsonst. Die Briefe des Potschenmachers wurden drohender: „Ich kann ohne Dich nicht leben und Du darfst es nicht! Doch, wenn Du nicht willst, so werde ich Dich ermorden! Mein schärfstes Messer, mit dem ich immer die Schnüre zerschneide, die den Boden der Potschen zusammenhalten sollen, werde ich nehmen und es Dir ins Herz bohren.“

Aloša Klusna und ihre 20jährige Tochter Wozna lebten von da an in ständiger Angst. Nicht mit Unrecht. Denn am 2. Feber d. J. gab es plötzlich am Boden ihres Häuschens einen gewaltigen Knack, die Decke schien einzusinken. Und als dann alles wieder still war und die zu Tode erschrockenen Frauen sich auf den Boden hinaufwagten, sahen sie dort zwei mächtige Holzstücke, die jemand durch die Heulude auf den Boden hinaufgeworfen haben muß. Nun herrschte Freude, da der Schreck für die zwei schönen Holzstücke schon dafür stand. Und abends, als die Tochter das Nachtmahl schlief, warf sie gleich eines der Stücke in die prasselnde Glut. Doch das Unglück schreitet schnell: Kommt heute das Holzstück Feuer gefangen, als auch schon der Ofen mit einem entsprechenden Knall zerbrach. Im Zimmer klagten Kadetin, Ziegelsteine, Kochtöpfe und Teile der Feueröfen herum, ein Rauchschwaden setzte aus dem Kamin, der gleichfalls zusammenstürzte, mit gelbem Anstrichen flüchteten die Hausbewohner. Und als der Rauch sich verzogen hatte, fanden die herbeigeeilten Nachbarn Teile des Holzstückes, die angebohrt und mit Erbsenbohnen gefüllt waren.

Das Dienstmädchen der Klusna hatte kurze Zeit vor der Feuerexplosion den Potschenmacher um das Haus herumstreichen gesehen. Doch das wurde daher als mutmaßlicher Täter verhaftet und wegen Beschädigung fremden Eigentums und gefährlicher Drohung vor's Gericht gestellt. — Zur heutigen Verhandlung erschien das halbe Dorf.

DEBR. Budil zur Jungin Klusna: „Hatten Sie Angst vor dem Angeklagten?“

Jungin Klusna: „Ja. Er kam immer zu mir und drohte mir, so daß ich mich seiner nicht erwehren konnte.“

Angeklagter: „Das ist nicht so gewesen, Herr Präsident. Der Klusna war es nur um mein Geld zu tun. Sie hat die ganze Geschichte nur auf mich geschoben, weil ich ihr vor einem Jahre nicht ein Gebiß anfertigen lassen wollte. Sie ist überhaupt ein vertwegenes Frauenzimmer.“

Der Gerichtshof sprach schließlich den Angeklagten wegen Mangels an Beweisen frei und ermahnte die beiden, in Zukunft sich zu vertragen. „N, ich bin ja nicht abgeneigt“, sagte der Potschenmacher lächelnd, als er an der Seite der schon befristeten Witwe den Gerichtssaal verließ. Und lächelnd haben die Kofortiner den Beiden nach.

„Er wollte Rosin ermorden.“

Prag, 10. März. Am 3. Jänner, zwei Tage vor dem Attentat gegen den Finanzminister Dr. Rosin, sah im Gasthaus des Johann Bendl in Böhm.-Brod der Hilfsarbeiter Franz Kepa aus Pflow und sprach mit seinem Tischnachbarn über die Finanzpolitik dieses Staates. Natürlich drehte sich das Gespräch um die Person des Finanzministers Dr. Rosin und bald hatten sich zwei Parteien gebildet, die über den Wert der Rosin'schen Finanzpolitik in lebhaften Streit gerieten. Kepa war der Hauptbrecher der Gruppe, die die Politik Rosin's verurteilte. Ein Wort gab das andere, plötzlich sagte Kepa: „Es wäre am besten, wenn man Rosin umbringen würde. Wenn mir jemand 500 K und einen Revolver geben würde, so würde ich Rosin erschießen!“ Zu spät bemerkte der durch die Debatte erregte Kepa, daß er sich mit diesem Auspruch eines Verbrechens schuldig gemacht hat. Vor einem Straffenat des DEBR. Budil hatte

er sich heute wegen Verbrechen nach § 303 zu verurteilen. Er wurde zu einem Monat schweren Kerkers verurteilt.

Die Giftkeuse von Ratten.

Graz, 9. März. Im Prozeß gegen den Kleinfischer und Schuhmachermeister Johann Altbauer aus Ratten, Bezirk Birkfeld, fällt das Grazer Schwurgericht gestern das Urteil. Altbauer war bekanntlich angeklagt, seine beiden Frauen und zwei seiner Kinder mit Arsenik vergiftet zu haben. Die Geschworenen bejahten einstimmig alle vier Hauptfragen, die auf tückische Ermordung der beiden Frauen und der zwei Kinder lauteten. Auf Grund dieses Wahrspruches verurteilte der Gerichtshof den Angeklagten zu lebenslänglichem schweren Kerker, verschärft durch Fasttag und hartes Lager an jedem der Todestage seiner vier Opfer. Der Verurteilte nahm das Urteil mit der gleichen Ruhe auf, die er während der ganzen Verhandlung zur Schau getragen hatte und behielt sich Bedenken vor.

Kunst und Wissen.

Das Extemporale (Prager Kleine Bühne). Wenn man von einem Lustspiel nur Unterhaltung verlangt, auf eine spannende Handlung und auf Tiefe der Problemstellung verzichtet, — die deutsche Literatur verwöhnt uns ja nicht durch gute Lustspiele — kann man mit der Sturm-Färbischen Gymnasialkomödie zufrieden sein. Obwohl man im ersten Akt schon die Handlung ziemlich erraten kann und der Witz der Autoren sich auf Ausschöpfen des reichen Repertoires des Gymnasialhumors beschränkt, lacht man doch bis zum Schluß über die alte und doch ewig-junge Gestalt des immer verlegenen, verliebten naïv-„Lüthen“ Oberprimars und des mondänen Pöckisches, der die „Karpatische“ des Ensembles ist. Fr. Dierks schuf mit jugendlicher Anmut und flotten Spiel ein entzückendes Rabinettstück aus dieser Rolle. Herr Groß schndierte ihr trefflich und Herr Liebl, der auch die Spielleitung innehatte, gab eine ausgezeichnete Karikatur des Direktors. Die übrigen Darsteller, die Damen Hubner und Stein und die Herren Koch und Bauer füllten ihre Rollen recht gut aus. Das harmlos frische Lustspiel i keine erkennliche Abwechslung im Prager Komödientheater, das Publikum quittierte sie mit schwachem Besuch. Der Prager Bourgeois entspricht doch das „Intime Theater“ besser! E. Fr.

Neues Theater. Heute nachmittags halb 3 Uhr Arbeiter-Vorstellung, Gastspiel Richard Kubla in der beliebten Strauß-Operette „Der Zigeunerbaron“. Heute abends, Donnerstag und nächsten Sonntag „Spachen“. Morgen, Montag, die neuen Opern-Einakter „Mörder, Hoffnung der Frauen“, „Sancta Susanna“ und „Das Risch-Rusch“. Dienstag Neuinszenierung von Schillers Schauspiel „Die Räuber“. Mittwoch Mozarts Oper „Don Juan“. Freitag Richard Strauß' Musikkomödie „Der Rosenkavalier“. Dirigent Jeminsky. Samstag abends Shakespeares Lustspiel „Der Widerspenstigen Zähmung“. 10 Uhr nachts, Messe-Nachvorstellung „Die kleine Sänderin“.

Kleine Bühne. Heute Sonntag nachmittags und nächsten Sonntag nachmittags der unterhaltliche Schulkomödie „Extemporale“. Heute abends, halb 8 Uhr, und Samstag abends das neue Schönherr-Drama „Er“. Morgen, Montag, Mittwoch und Freitag „Die kleine Sänderin“. Dienstag und nächsten Sonntag abends „Angehörig“ von Kurt Göt.

Neueinszenierung „Die Räuber“. Für Dienstag, den 13. wird unter Spielleitung Robin Roberts Friedrich v. Schillers Schauspiel „Die Räuber“ in vollständig neuer Besetzung vorbereitet.

Mus der Partei.

Wesentliche Vereinsversammlungen mit dem Genossen Dr. Max Adler aus Wien finden in der nächsten Woche statt: in Rie mes am Montag, halb 8 Uhr abends über „Das Wesen des Klassenkampfes“; in G a b l o n z am Dienstag, halb 8 Uhr abends über das gleiche Thema; in Reichenberg am Mittwoch über „Karl Marx und das Proletariat“; in G r o t t a u und in H a i n d o r f am Freitag über „Das Wesen des Klassenkampfes“.

Bezirksorganisation Prag. Montag, den 12. März, pünktlich um 8 Uhr abends, findet im „Berein deutscher Arbeiter“, Prag 2, Smetschlagasse, eine gemeinsame Sitzung der Mitglieder der Bezirksvertretung, der Kolalvertrauensmänner und der Mitglieder des arbeiterlichen Klubs statt. Wir bitten alle Genossen und Genossinnen, die den vorgenannten Körperschaften angehören, um bestimmte und pünktliches Erscheinen.

Kolalorganisation Prag VII. Freitag, den 16. März 1923 gemeinsamer Besuch des Vortrages des Herren Dr. Klein „Quer durch Prag“ in der Urania.

Turnen und Sport.

Internationale Flugwettkämpfe. Wie aus Rom gemeldet wird, wurde über Vorschlag des Generaldirektors für Zivilluftfahrt beschlossen, daß Italien sich an dem Wettkampfe um den Decker Michelis im Jahre 1923 und an den Gordon-Bennet-Ballonwettkämpfen nicht beteiligen werde. Italien wird sich an dem Wettkampfe um den Decker Schneider im Jahre 1923 für Hydropläne beteiligen. Der Preis von 100.000 Lire kommt jenem Flieger zu, welcher in einem dem Staate nicht gehörenden Hydroplane mit einer Last von 500 Kilo aus Rom nach Tripolis in 24 Stunden fliegt, wobei er sich nur einmal mit Benzin versorgen würde. Den Preis von einer Million Lire erhält jener Flieger,

Einem allgemein geäußerten Wunsche folgend, haben wir uns entschlossen, am 1. März l. J. im Anschlusse an unser Textil- und Bekleidungswaren-Engroslager im eigenen Hause SMICHOV, Ecke Barandova ul. (V Lesičku) in nächster Nähe der Haltestelle Kinskygarten der elektrischen Straßenbahn ein Detail-Geschäft zu eröffnen, in welchem nebst Textilwaren, Bekleidungsartikeln, Schuhwaren und Haushaltsgegenständen auch die Erzeugnisse unserer Eigenproduktion und zwar: Wäsche- u. Konfektionsartikel aus unserer Fabrik in Bärtingen, Webwaren aus unserer Fabrik in Zwickau, Chem. Produkte aus unserer Fabrik in Mähr.-Ostrau, Marmeladen, Kompotte, Frucht säfte, Limberrsaft, Zichorien, Feigenkaffee usw. aus unseren Nahrungsmittelwerken in Neratowitz, zum Verkaufe gelangen werden. Die Marke unserer Produktion bürgt für eine tadellose, allen Anforderungen entsprechende Qualität. Wir laden zum Besuche unseres Detailgeschäftes höflichst ein. Großeinkaufsgesellschaft für Konsumvereine G. m. b. H.

Anerkannt beste Bezugsquelle für billige böhmische Bettfedern! 1 Kilo graue, gute Halbdaunen... 6. Benisch in Gal. Weinberge, Krameriusg. Nr. 20/27, Böhmen. — Ausführende Pretolische fontenod.

Die Europameisterschaft zu Antwerpen. Die Freitag abends ausgetragenen Eishockeyspiele um die Europameisterschaft ergaben folgende Resultate. Belgien gegen Schweiz 3:2 und Schweden gegen Frankreich 4:3. Die Samstag-Wettkämpfe brachten nachstehende Ergebnisse: Frankreich gegen Tschechoslowakei 2:1 (das Tor für Tsch. schoss Káda) und Schweden gegen die Schweiz 6:0. Nach den bisherigen Ergebnissen wird Schweden die Europameisterschaft 1923 gewinnen. Den zweiten Platz dürfte Frankreich vor der Tschechoslowakei befehen. (Pr. Pr.)

Weinessig- und Essigspritzfabrik Quido Spalek Sohn Leitmeritz a. E. empfiehlt ihre nach neuesten Gärverfahren erzeugten vorzüglichen Essige. Verlangen Sie die führenden amerikanischen prima Schweine-Schmalzmarken und schönsten Speckschnitte „Apec“ und „Morrell“ Robert Stránský, Prag II., Jungmannova 33. Telefon 682.

Antworten auf unsere Preisfrage! Neithetlich, hygienisch, ökonomisch! Architekt Arnold Bránn, Nám. Svobody čis. 3. BERSON 1447

L. Gestetner Ltd. Rotary Cyclostile Vervielfältiger und Original-Zubehöre. ALLEIN-VERTRIED DER YOST Schreibmaschinen, PRAG-II., Nokazanka 2. Telefon 5011.

Bereitet den „Sozialdemokrat“.

Ein GEHEIMNIS ist es nicht, daß wir unsere moderne Bekleidung billigst verkaufen. Beweis: Anzüge Raglans in allen Farben von Kč 160.- Raglans für Damen von Kč 240.- Kostüme für Damen von Kč 350.- Herren- u. Damen-Bekleidung aller Gattungen bis zur feinsten Ausführung in kolossalen Massen auf Lager. Besichtigen Sie unsere Schaufenster ohne jeden Kaufzwang. Das größte Spezialgeschäft für moderne Herren- Damen- und Kinderbekleidung. A. Bayer & Co., PRAG I., Celetná Nr. 35 gegenüber dem Pulverturm. 1483